

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Er erscheint Sonntags.  
 Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM,  
 ohne Postbefreiungsbüch. Nur Post-  
 bezug. Bestellung bei allen Postäm-  
 tern. Geschäftsstelle Berlin S. 28.  
 Schanitzstr. 65 I. Fernr.: W 341 0252.

Einzelgenusspreis  
 für vierteljährliche Beiträge 50 Pf.  
 für sechsmonatliche Beiträge 90 Pf.  
 für Jahresbeiträge 1,50 RM. Der Ein-  
 zelgenusspreis ist barbar zu entrichten.

Nr. 26.

Berlin, den 22. Juni 1919.

85. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 26. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensowohl die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

## Behauptung des Vorstandes.

1. Anfragen auf dem Verbandstag. Etwa für den Verbandstag in Aussicht genommene förmliche Anfragen über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes oder der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ bitten wir uns vorher, und zwar so bald wie möglich, zur Kenntnis zu bringen, damit wir die Akten über die in Frage stehende Angelegenheit einsehen und zum Verbandstag mitbringen können.

2. Die mit den Kassengeschäften betrauten Funktionäre machen wir darauf aufmerksam, daß mit Sonnabend, den 28. Juni, das zweite Quartal abzuschließen ist. Die Abrechnungen sind in der Zeit vom 29. Juni bis 12. Juli fertigzustellen und nach erfolgter Prüfung durch die Revisoren sofort an die Verbandskasse einzuliefern.

Wir erwarten von den örtlichen Bevollmächtigten, daß sie dafür Sorge tragen, daß die Abrechnungen pünktlich und gewissenhaft ausgeführt werden, so wie es die im Handbuch gegebenen Anweisungen besagen.

Die Revisoren sind verpflichtet, die Abrechnungen und die vorgelegten Belege peinlich gewissenhaft zu prüfen und insbesondere sich auch davon zu überzeugen, ob die am Tage der Revision vorhanden sein sollenden Bestände an Geld und Wertzeichen auch tatsächlich vorhanden sind. Die Gau- und Bezirksleiter ersuchen wir darüber zu wachen, daß die zu ihrem Bezirk gehörenden Zahlstellen ihren statutarisch auferlegten Verpflichtungen und den von uns gegebenen Anweisungen entsprechen.

3. Die Beiträge für die Unterstützungskasse der Funktionäre pro 1919 haben nachstehende Orte noch nicht abgeführt: Brandenburg, Frankfurt a. O., Kottbus, Lissa, Bielefeld, Hildesheim, Krefeld, Halle, Weisenfels, Aachen, Duisburg-Ruhrort, Hagen, Krefeld, M.-Gladbach, Gau 11/13, Frankfurt-Offenbach, Kanau, Mannheim-Ludwigshafen, Wiesbaden, Planen, Zwickau, Gau 14/15, Freiburg, Stuttgart und Gau 17.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten der genannten Orte, für alsbaldige Bezahlung Sorge zu tragen zu wollen. Der Beitrag beträgt für ein

männliches Mitglied 10 Pf. und für ein weibliches 5 Pf. pro Jahr. Maßgebend für Berechnung ist die Mitgliederzahl am Ende des Jahres 1918.

4. Neue Zahlstellen des Verbandes, die am 1. Juli in Tätigkeit treten, sind mit unserer Zustimmung in folgenden Orten begründet worden:

Gau	8:	Göttingen
		Minden i. N.
	9:	Mühl
	10:	Koblenz
		Mülheim (Ruhr)
	11/13:	Eberstadt bei Darmstadt
	14/15:	Söppingen
		Reyningen
		Ulm a. D.

5. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten wie folgt neu festgesetzt und von uns genehmigt. Sie betragen danach in:

	Männl. Mitgl. pro Woche	Weibl. Mitgl. pro Woche
Augsburg . . . . .	15 Pf.	10 Pf.
Dortmund . . . . .	30 Pf.	15 Pf.
Gotha . . . . .	10 Pf.	5 Pf.
Jena . . . . .	10 Pf.	5 Pf.
Kiel . . . . .	20 Pf.	10 Pf.
Limbach . . . . .	10 Pf.	10 Pf.
Rehheim . . . . .	10 Pf.	10 Pf.

Der Vorstand.

## Die Unternehmer lehnen den Schieds- spruch ab!

Der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer hat den am 4. Juni in Berlin von dem unparteiischen Schiedsgericht gefällten Spruch abgelehnt, unsere Kollegenschaft in den Tarifstädten hatte ihn angenommen. Mit dieser so gestalterten Sachlage ist das Buchbindererigewerbe in Berlin, Leipzig, München und Stuttgart vor eine ernste Situation gestellt worden. Die Haltung der Unternehmer ist uns unverständlich, nachdem sie selbst anerkannt haben, daß weitere Teuerungszulagen wohl berechtigt seien und daß nicht ein einzelner Bezug mit einem Abbau der Löhne vorangehen könne. Ihr Strauben vor weiteren Teuerungszulagen gründete sich in der Hauptsache auf die Abneigung der Verleger vor weiteren Preiserhöhungen. Nachdem aber Herr Dr. Sigismund, der Vorsitzende des Börsenvereins Deutscher Buchhändler, als Unternehmervertreter selbst dem Schiedsgericht angehörte, dort die Begründungen für weitere Teuerungszulagen durch unsere Vertreter und die Einwände der Unternehmer dazu aus eigenem Munde zur Kenntnis nehmen konnte, außerdem am Schiedsgericht selbst mitwirkte, wenn auch — wie sich unten zeigt — in negativem Verhalten, da konnte man wohl erwarten, daß auch die Unternehmer dem Spruch zustimmen werden, zumal dieser weitest von den Forderungen der Arbeitnehmer blieb und in Anbetracht der ganzen Sachlage im Beruf und nach seinem eigenen Inhalt voraussichtlich der letzte vor der Tarifrenewierung gewesen wäre. Statt dessen teilte der Vorstand des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer seine Ablehnung an unseren Vorstand durch nachstehendes Schreiben mit:

Leipzig, den 7. Juni 1919.

An den Deutschen Buchbinder-Verband  
 Berlin S. 58.

## Betr. Teuerungszulagen.

Wie nach der Haltung unserer Brodigewerks aus der Zeit vor Erlass des Schiedspruches zu ersehen war, ist unser Verband nicht in der Lage, sich dem Schiedsgericht zu unterwerfen. Das Schiedsgericht, in welchem, wie wir hören, die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gegeben hat, hat sich über alle die wirtschaftspolitischen und lohnrechtlichen Bedenken, die wir gegen die fortgesetzte Erhöhung der Teuerungszulagen ebenso wie dagegen hatten, daß die Teuerungszulagen in Gestalt fester Sätze festgesetzt wurden, einfach hinweggesetzt, statt sich wenigstens mit diesen Bedenken auseinanderzusetzen. Wir haben daher aus prinzipiellen Gründen den Schiedspruch umso mehr ablehnen müssen, als dieser sich zur Frage der prozentualen Teuerungszulagen auf die Tariflöhne überhaupt nicht ausgesprochen hat. Trotzdem es uns freisteht, den Schiedspruch abzulehnen und von diesem Rechte Gebrauch gemacht werden mußte, möchten wir natürlich den Gesichtspunkten, die im Laufe der letzten Verhandlungen von Ihrer Seite geltend gemacht worden sind, insoweit Rechnung tragen, als wir diese Gesichtspunkte als berechtigt anerkennen müssen. Wir haben daher, damit durch weitere Verhandlungen die Erfüllung derjenigen Forderungen, die wir gewähren zu können glauben, nicht verzögert werden, heute an sämtliche Orte des 4-Städte-Tarifgebietes das heiliegende Flugblatt an die Arbeiter ergehen lassen und werden die im Flugblatt gegebenen Zusagen ab 1. Juli 1919 erfüllen.

Was speziell dem Standpunkte der Arbeitgeber den Schiedspruch noch besonders unannehmbar machte, war, daß wiederum die Teuerungszulagen rückwirkend ab 1. Juni 1919 festgesetzt worden sind, während tatsächlich die Erfahrungen, die wir im Verkehr mit der Kundschaft seit Erlass des letzten Schiedspruches gemacht haben, gelehrt haben, daß wir die erhöhten Teuerungszulagen nicht oder nur in ganz verschwindendem Maße auf unsere Kundschaft abwälzen können. Die Eigenart der Beschäftigung in den Buchbindereien bedingt es, daß die Arbeit auf längere Zeit hinaus, Monate, ja vielleicht Vierteljahre, vergeben werden muß. Es ist ganz unmöglich, wenn während des Laufens eines solchen Auftrages Lohn-erhöhungen oder Erhöhungen des Teuerungszulagen eintreten, diese auf den Buchhandel abzuwälzen, zumal nachdem der Buchhandel zur Ostermesse 1919 eine sehr energische Resolution gegen die Preissteigerung gefaßt hat.

Wir glauben angesichts der Zusammenarbeit, auf die wir nun einmal angewiesen sind, und die sich seit vielen Jahren bewährt hat, bis die Verhältnisse der Jahre 1918/19 eigentlich jede bestehende Tarifgemeinschaft gelöst haben, Ihnen von diesen Erwägungen Kenntnis geben zu sollen und möchten Sie bitten, diese ohne alle Vorbehaltenheit Ihren Mitgliedern bekanntzugeben und auch gegenüber Ihren Mitgliedern zu vertreten.

Hochachtungsvoll  
 Verband Deutscher Buchbindereibesitzer.

Aus unserem Bernf.

Arbeitslosenstatistik.

An der monatlichen Berichterstattung für das Statistische Reichsammt über den Umfang der Arbeitslosigkeit haben die Mitglieder der deutschen Fachverbände...

In den an der Erhebung beteiligten 128 Gauen und Zahlstellen mit 18 558 männlichen und 80 049 weiblichen, zusammen 57 598 Mitgliedern...

Demnach hat sich in den berichtenden 128 Gauen und Zahlstellen im Monat Mai die Mitgliederzahl wieder um 5079 — 2102 männliche und 2917 weibliche — erhöht...

Table with columns: Monat, Arbeitslose Mitglieder am Stichtag, and Arbeitslose auf je 100 Mitglieder (1918, 1917, 1916). Rows include months from May 1918 to May 1919.

Internationales.

Schweiz. Der Schweizerische Buchbinder-Verband beruft seine 18. ordentliche Delegiertenversammlung (Verbandsstag) für den 21. bis 23. Juni nach Bern ein.

Zur Deckung der Kosten der jetzt beendeten Bewegung hat der Schweizerische Verband am 1. April einen Extrabeitrag erhoben...

grundlöhne (also nicht auf die festen Teuerungszuschläge, die natürlich bestehen bleiben).

Die bisher in den einzelnen Betrieben gewährten Zuschläge werden angerechnet. Es dürfen jedoch die verdienten Wochen- oder Monatslöhne durch die bisher bewilligten und neueren Zuschläge nicht um mehr als 200 Proz. des letzten Friedens-

Im zweiten Teil dieses Flugblattes wird unter Zugrundelegung der im ersten Teil angeforderten freien Bewilligung eine Uebersicht über die dann zu zahlenden Stundenlöhne resp. Wochenverdienste gegeben...

Das Flugblatt führt als Grund zur Ablehnung des Schiedsspruches zuerst die Höhe der von diesem bestimmten Zulagen an. Es scheint uns überflüssig zu sein, demgegenüber immer und immer wieder die trotz dem sich notwendig machenden Erhöhungen zu trogreden...

Der Hauptwiderstand der Unternehmer richtet sich nach wie vor — das zeigt auch das Flugblatt — gegen die festen Teuerungszuschläge auch für Affordarbeiten. Für Streben geht dahin, die Grundpositionen des Affordtarifs zu erhöhen...

Wenn wir uns in einigen Sätze mit dem Flugblatt der Unternehmerorganisation beschäftigen, dann soll das nicht heißen, daß wir das Flugblatt oder das Vorgehen der Unternehmer als berechtigt ansehen.

Bis zum Abschluß dieser Nummer liegt ein Entschaid des Demobilisationskommissars noch nicht vor.

Sprüche der Erkenntnis.

Der Langsamste, der sein Ziel nicht aus den Augen verliert, geht noch immer geschwinde als der ohne Ziel Umherirret.

Wir wissen nicht, ob es zutrifft, daß der Schiedsspruch durch die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden zustande kam. Die Tatsache des Spruches selbst muß genügen. Es ist auch nicht üblich, daß die Schiedsrichter selber Internitas aus den geschlossenen Sitzungen des Gerichts den Parteien mitteilen.

Das von den Unternehmern in den Tarifstädten unter unsern Kollegen und Kolleginnen verbreitete Flugblatt heißt in seinem ersten Teil:

Verband Deutscher Buchbindermeister.

Den 10. Juni 1919.

An die Arbeitnehmer des Buchbinderergewerbes!

Dem Schiedsspruche des Reichsarbeitsministeriums vom 4. 6. 19 haben wir uns nicht unterwerfen können, weil die Höhe der Zulagen und vor allen Dingen deren Berechnung nach festen Sätzen sich weder mit der heute mehr wie je im Vordergrund des wirtschaftlichen Lebens stehenden Forderungen auf Steigerung der Produktion...

Neue Teuerungszulagen für Stundenarbeiter und -arbeiterinnen: für Arbeiter vom 6. Berufsjahre ab 8 M., für Arbeiterinnen unter d und e des Tarifes 4 M., Arbeiter im 4. und 5. Berufsjahre und Arbeiterinnen unter a, b und c erhalten keine neuen Teuerungszulagen...

### Arbeiter gegen Arbeiter.

Im § 3 der „Satzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, die der Beschlußfassung durch den Gewerkschaftskongress unterliegen, heißt es, daß es Pflicht der im Bunde vereinigten Gewerkschaften sei, gegenseitig ein gedeihliches Nebeneinander- und Zusammenarbeiten zu fördern. An sich ist diese Bestimmung eine große Selbstverständlichkeit. Doch die Praxis zeigt, daß es tatsächlich notwendig ist, manche Gewerkschaft auf solche Selbstverständlichkeiten nachdrücklich aufmerksam zu machen. Ein Verband, auf den dies zutrifft, ist der Sattler- und Portefeullerverband, wie aus folgendem hervorgeht.

Am 4. Juni sollten in Nürnberg die Verhandlungen über den Reichstarif in der Lederwarenindustrie stattfinden. In erster Linie ist daran der Sattler- und Portefeullerverband interessiert, aber auch von unsern Mitgliedern kommen in Berlin, Offenbach, Erlangen, Nürnberg, Bries, Kotbus und Solingen gegen tausend Personen als Album-, Mappen- und Galanteriearbeiter in Frage, die als besondere Gruppe diesem Tarif angegliedert werden könnten. Erklärlicherweise hat demnach auch unser Verband ein Interesse daran, am Abschluß des Tarifs in irgendeiner Form mitzuwirken; er hatte auf Einladung der Unternehmer eine Delegation zur Teilnahme an den Verhandlungen bestimmt. Zu Beginn der Verhandlungen in Nürnberg stellte ein Vertreter der Unternehmer selbst den Antrag, zu der aus acht Arbeitgebern und acht Arbeitnehmern bestehenden stimmberechtigten Kommission noch je einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer (letzterer Mitglied und Vertreter des Buchbinderverbandes) zuzulassen. Dem Vertreter des Sattler- und Portefeullerverbandes, Hof, blieb es vorbehalten, diesen Antrag zu bekämpfen und zu Fall zu bringen, obwohl vorher schon bei einer entsprechenden Besprechung in Berlin Genosse Blum, der Vorsitzende des Sattler- und Portefeullerverbandes, gegen die Teilnahme eines Vertreters nichts einzuwenden hatte, richtiger gesagt, sich damit abfinden wollte. Dieses Verhalten der Vertreter des Sattler- und Portefeullerverbandes verdient die schärfste Kritik, es ist ein Stück von jenem Geiste, dem der 9. November die Daseinsberechtigung abgesprochen hat. Wie uns kurz vor Abschluß dieser Nummer berichtet wird, scheint neuerdings ein besseres Zusammenarbeiten Platz zu greifen. Im Interesse der Arbeiterschaft ist das sehr zu begrüßen.

Zur Sache selbst ist zu berichten, daß die Verhandlungen in Nürnberg ergebnislos abgebrochen worden sind, nachdem stundenlange Erörterungen über die Seimarbeit, deren Beratung vorweg getätigt werden sollte, zu keinem Resultat führten.

### Berufsberatung.

Es wird Zeit, daß wir auch in unserer Buchbinderbranche einmal gesunde Zustände schaffen und uns vor allem einmal etwas mehr um die Lehrverhältnisse kümmern. Die Eltern sind in den meisten Fällen gar nicht orientiert, wenn der Junge ein Handwerk lernt, ob es für ihn auch geeignet ist. Wie die Lehrverhältnisse jetzt sind, ist es für viele fraglich, ob sie als Gehilfen in Frage kommen, einer Familie vorstehen zu können oder ob sie nicht etwa genötigt sein werden, sich durch Neben- und Hausarbeit über Wasser zu halten. Die Zeiten sind vorbei, daß jeder selbständig werden kann, wenn er nur will. Die jetzigen Kleinmeister möchten doch nur ledige Gehilfen beschäftigen, noch dazu, wenn es geht, diese in Kost und Wohnung nehmen, damit sie nicht zu teuer werden. Wieviele Kollegen haben deshalb schon umgefaßtelt, und da ist es doch schade um die Lehrzeit. Und wie ist da mancher ausgebildet worden.

Die Eltern gehen meistens zu einem dieser sogenannten Lehrherren, der natürlich, um einen jungen Menschen als Lehrling zu erhalten, den Bezug nach allen Regeln der Kunst herausstreicht, so daß jeder glauben möchte, bei uns habe noch das Handwerk einen goldenen Boden. Auf Lehrlinge sind so viele verfallen, die nichts von Gehilfen mit einermachen anständiger Bezahlung wissen wollen. Der Frage der Lehrlingsausbildung sollten sich unsere Zahlstellen etwas mehr widmen. Jede Zahlstelle könnte eine Kommission aus älteren erfahrenen Kollegen bilden, und wenn die Zeit der LehrlingsEinstellung kommt, in den Zeitungen (auch Schulen) auf sich als Berufsberatungsstelle für unser Gewerbe aufmerksam machen. Zugleich müßte das Belehrlingswesen, deren Ausbildung usw. mit übernachd werden. In der Frage sollte unser Verband auch ein Wortchen mitreden und nicht alles nur den Kleinunternehmern überlassen.

### Eine pfiffige Firma.

„Der Buchbinder“, das Verbandsorgan des Schweizerischen Buchbinder-Verbandes schreibt:

„Im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbinder“ sucht eine Firma nahe an der Grenze Buchbinder, Goldschmied, Portefeuller, mit der Bemerkung, daß es diesen Arbeitern möglich sei, in Deutschland zu wohnen. Lohn wird offeriert 100 Mark pro Woche, nach der heutigen Valuta 38 Franken! Wir eruchen Mitglieder, denen irgendwelche Angaben zur Verfügung stehen und Auskunft geben können, diese dem Sekretariat zu übermitteln. Das Gebaren dieser Firma ist absolut unstatthaft und wir werden schon dafür sorgen, daß ihr solche Manipulationen verleidet.“

Das Gebaren dieser Firma gehört wahrlich an den Pranger gestellt, wenn sie die unglückliche deutsche Valuta in dieser Weise für ihre eigennützigen Zwecke mißbrauchen zu machen sucht. Es handelt sich um eine Schweizer Firma, die auf diesem Wege durch den Stand der Valuta die an der Grenze in ihrer Nähe lebenden Kollegen durch scheinbar annehmbare Entlohnung an sich zu locken sucht, während damit den Schweizer Kollegen die denkbar schmutzigste Konkurrenz gemacht wird. Auch wir bitten um Angabe der Firma, falls sie bekannt wird. Im übrigen hoffen wir, daß sich dein deutscher Kollege zu solchen unfaubaren Zwecken mißbrauchen läßt.

### Zum Gewerkschaftskongress.

Waren schon früher die Löhne der verschiedenen Arbeiterkategorien sehr verschieden, so ist das jetzt noch mehr der Fall. Während es einzelnen Arbeiterkategorien möglich war, ihre Löhne wesentlich zu erhöhen und den verteuerten Verhältnissen anzupassen, sind andere sehr weit dagegen zurückgeblieben. Und doch dürften alle Arbeiter der verschiedensten Berufe ungefähr die gleichen Aufwendungen für ihren Lebensunterhalt zu machen haben. Zu dem Aufgaben des Gewerkschaftskongresses gehört es darum, Mittel und Wege zu suchen, die hierin einen Ausgleich schaffen können. Da muß der Stärkere den Schwächeren helfen. Vor allem muß ein einheitliches Vorgehen auf der ganzen Linie gewährleistet werden. Dies kann am besten geschehen durch eine große Gewerkschaft, in der alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied des Berufs vereinigt sind. Deshalb hat m. E. der Gewerkschaftskongress der Verschmelzung unserer vielen Gewerkschaften zu einer einzigen großen Gewerkschaft die Wege zu ebnen. Wie der Name lautet mag, ist gleichgültig, vielleicht einfach: „Die Gewerkschaft“. Worauf es ankommt, ist, daß wir eine einheitliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft bekommen. Allerdings müßten zunächst noch Brandentzündungen gebildet werden. Ob sich diese später einmal erübrigen, wird die Entwicklung zeigen. Diese Gewerkschaft hat sich natürlich in das Rüstsystem einzufügen, indem die Fäden der Betriebsräte in ihr zusammenlaufen. Tarife sind zu schaffen, die ein einheitliches Existenzminimum vorsehen, auf welches dann je nach den besonderen Umständen (örtliche Verhältnisse, körperlich schwere, schmutzige oder ungesunde Arbeiten usw.) Zuschläge festzulegen sind. Diese Zuschläge können sein: bares Geld, Schutzkleidung, kanariäre Mittel usw. Mit Hilfe einer sozialistischen Regierung muß das möglich sein.

Ferner hat der Gewerkschaftskongress und auch unser Verbandstag zum Ausdruck zu bringen, daß nicht nur die Arbeiter, sondern die gesamte Bevölkerung, also der Staat, verpflichtet ist, für den Unterhalt derjenigen zu sorgen, die durch Arbeitsmangel, Krankheit, Invalidität usw. verhindert sind zu arbeiten. Von der Regierung ist zu verlangen, daß alle hierzu erforderlichen Unterstützungsrichtungen vom Staat übernommen und so ausgebaut werden, daß sie ihren Zweck erfüllen und nicht lächerliche Truggebäude darstellen. Dagegen sind die Unterführungen dieser Art in den Gewerkschaften abzubauen, und ich bin der Meinung, daß mit der Arbeitslosenunterstützung schon jetzt begonnen werden kann. Vielleicht erleben wir dann mal einen **W e r k s t a g** ohne Beitragserschöpfung. Es ist wirklich an der Zeit, daß unsere Gewerkschaften ihren alten Kampfcharakter in neuer Auflage wieder bekommen. Die Streik- und Gemahregelnenunterstützung ist evtl. weiter auszubauen. Da sage man keiner, daß wir die Unterführungen brauchen, um Mitglieder zu werben. Nein, die Unterführungen haben uns nur ein sehr langsames Anwachsen unserer Mitgliederzahlen ermöglicht, aber jetzt, während der Revolution, wo Kampfesstimmung unter die Massen gekommen ist, jetzt haben wir einen ungeheuren Zustrom zu verzeichnen. Sorgen wir dafür, daß diese

Stimmung erhalten bleibt und nicht durch Verzettlung in Unterführungsdebatten erstickt wird.

In Nr. 22 der „Buchbinder-Zeitung“ lese ich, daß Kollege Weishaupt-Berlin bereits fast die gleichen Anregungen gibt. Ich stimme ihm auch darin zu, daß die Verschmelzung der Gewerkschaften die Verwaltung vereinfacht und verbilligt und vor allem die leidigen Grenzstreitigkeiten aufhören werden.

Bremen.

Wilf. Roberg.

### Bericht vom Gautag des Gaues 4.

Der Gauvorstand hatte zum ersten Pfingstfesttag einen Gautag nach Breslau einberufen, der von der Kollegenchaft mit 44 Delegierten besetzt war. Neben dem vollzählig anwesenden Gauvorstand war auch Gauvorsteher Kohnert vom Gau 5 (Königsberg) erschienen.

Bruck begrüßte namens des Gauvorstandes den Gautag, der berufen sei, durch wichtige Beschlüsse der Organisation die Wege zu weisen. Er verwies darauf, daß die Tätigkeit des Verbandes durch die großen Weltgeschicknisse mehrfach erschüttert worden ist, was jedenfalls Veranlassung geben dürfte, die Tätigkeit der Verbandsleitung und der Gaubewaltung einigen kritischen Betrachtungen zu unterwerfen. Doch hofft er, daß bei der Beurteilung dieser Fragen auch alle Zeitumstände berücksichtigt und gewürdigt werden. In der Hauptsache aber wird der Blick in die Zukunft zu richten sein. Er wünscht deshalb der Tagung einen guten Erfolg.

Zu Vorstehenden wurden Hoffmann-Breslau und Grün-Brieg gewählt, zum Führer der Rednerliste Frau Schachtel-Brieg, zu Schriftführern Widner-Dirschberg und Wiszetz-Breslau.

Darauf nahm Bruck das Wort zur Erhaltung des Tätigkeitsberichts des Gauvorstandes. Der letzte Gautag im Jahre 1914 hatte die Vorarbeiten zu einer umfassenden Lohnbewegung geleistet, indem er einen Bezirksstabs aufstellte, dessen Durchführung in allen Orten betrieben werden sollte. Die Vorbereitungen dazu waren im besten Gange, da brach der Weltkrieg aus. Der Personenverkehr wurde eingestellt und schließlich sah sich auch die Gaubewaltung genötigt, die Tätigkeit des deutschen Volkes, die nunmehr am notwendigsten war, nicht durch Lohnkämpfe zu föhren. Dazu kam noch die große Arbeitslosigkeit. Diesem Umstande war auch die Herabsetzung der Leistungen des Verbandes zuzuschreiben. Wünschenswert wäre es allerdings gewesen, wenn der Verbandsvorstand und Ausschuß solche tiefgreifenden Veränderungen nicht allein beschlossen, sondern die Vertretung der Kollegenchaft aus dem Reich (Gauvorstände oder Eierkommission) mit zu Rate gezogen hätten. Der Krieg bedingte eine Umstellung der Gewerkschaften. Die Unterbringung der Arbeitslosen, die Fürsorge für die Familien der zum Kriege eingezogenen Mitglieder und der durch den Krieg in ihrer Gesundheit geschädigten Mitglieder traten nunmehr in den Vordergrund der Betätigung. Doch bald sahen sich die Gewerkschaften trotz des wirtschaftlichen Burgfriedens genötigt, wieder Lohnbewegungen zu föhren, weil sich bald darauf eine Keuerung bemerkbar machte, die immer drückender wurde. Mit welchen Erfolgen die Bewegungen geführt wurden, darüber geben die von der Gaubewaltung in den Jahresberichten des Verbandsvorstandes gemachten Angaben ein anschauliches Bild. Die Angaben vom Jahre 1918 konnten infolge der Ueberlastung der Funktionäre bisher noch nicht zusammengestellt werden, doch haben die Kollegen am eigenen Geldbeutel die wohnende Tätigkeit des Verbandes verspüren können. Denn im Jahre 1916 gelang es uns, in Breslau mit den Arbeitgebern eine Lohnvereinbarung zu treffen, die während des Krieges zu verschiedenen Malen weiten ausgebaut worden ist.

Nach Ausbruch der Revolution erst legte auch die Kollegenchaft in der Provinz ihre Gleichgültigkeit ab und schloß sich dem Verbanne in Scharen an. Dadurch wurde es möglich, auch in Krieg und Striegau und dem Regierungsbezirk Liegnitz Tarifverträge mit den Unternehmern abzuschließen. In den letzten Wochen sind auch mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse die Löhne der Kollegenchaft in Oberschlesien geregelt worden. Die Tätigkeit der Organisation hat natürlich auch die Arbeitgeber mehr und mehr zusammengeführt, so daß jetzt das Bestreben vorhanden ist, die in der Provinz bestehenden Tarife zu einem einheitlichen Tarifvertrag für die ganze Provinz Schlesien zu vereinigen. Mit dem 1. Juli soll derselbe in Kraft treten. Die Forderungen der Kollegenchaft wurden durch eine am 18. Mai tagende Konferenz von Vertretern aller Zahlstellen zusammengestellt. Sie sind bereits den Arbeitgebern übermittelt worden. Die Verhandlungen darüber sind in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Tätigkeit der Gewerkschaften begegnet in der Bericht-

Dresden.

B. B.

periode mancherlei Hindernissen, die sich im Osten stärker erweisen, als in den Gauen Mitteldeutschlands. Ueber dem ganzen Osten herrschte der verschärfte Belagerungszustand, der die Tätigkeit der Gewerkschaften mit seinen Zensurvorrichtungen, Beschränkung in der Versammlungsfreiheit, Hebeboten usw. ganz außerordentlich hemmte. Auch ihm (dem Verichterhatter) sind mancherlei Schwierigkeiten erwachsen. So wurde er in Bromberg und auch in Königsberg von den Polizeimilitärbehörden mit der Schußhaft bedroht, falls er den gegen ihn gerichteten Ausweisverfügungen nicht unbedinglich entspreche. Wegen angeblicher Verletzung der Zensurvorschriften hatte er sich vor dem Kriegsgericht in Königsberg zu verantworten, von dem er mit einigen anderen Kollegen zu geringfügigen Geldstrafen verurteilt wurde.

Der Mitgliederzuwachs in den letzten Monaten war ein gewaltiger. In der Provinz Schlesien haben wir das dritte Tausend fast vollendet. Hoffen wir, daß dieser Aufstrom anhäuft und daß sich auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin möglichst bald dem Verbandsanschlüssen. Mit diesem Wachstum war auch eine Vermehrung der Arbeiten im Verbandsbureau verbunden, die trotz der größten Ausnützung der Arbeitskräfte nicht bewältigt werden kann. Gauvorstand und Ortsverwaltung Breslau beantragten deshalb die Anstellung eines zweiten Beamten, nachdem der Verbandsvorstand die Kosten für eine weibliche Hilfskraft bewilligt hatte. Der Verbandsvorstand glaubte aber diesem Antrage noch nicht entsprechen zu können. Er bewilligte die Kosten für eine männliche Hilfskraft und stellte die Anstellung eines zweiten Beamten bis nach dem Verbandsstake zurück. Doch war auch mit diesen Kräften die Arbeit nicht zu bewältigen, und so stellte die Ortsverwaltung Breslau noch aus lokalen Mitteln einen weiteren Kollegen ausübungsweise an. Wenn nun die Verbandsgeschäfte durch die plötzliche Arbeitsüberhäufung hier und da einmal ins Stocken geraten war oder nicht mit der von früher her gewohnten Schnelligkeit erledigt werden konnten, so möge man das nachsichtig beurteilen. Das Menschenmangel ist zu leisten versucht worden, so daß der Gauvorstand in aller Ruhe der Kritik des Gautages entgegensehen kann.

In der Diskussion glaubte W u r m s - G l o g a u dem Gauvorstand ein Verstoßen an einer von der Firma Fleming veranlaßten Maßregelung zuzumessen zu können. Brucks konnte aber darlegen, daß der Gauvorstand sein Möglichstes zur Anwendung der Maßregelung getan hat, doch wurde er von der Glogauer Kollegenschaft dabei im Stich gelassen. Erst durch das Eingreifen des Gewerkschaftsstellens in Glogau wurde zum großen Leidwesen des Arbeiterausschusses die Wiedereinstellung des betreffenden Kollegen erreicht. Im übrigen wurde anerkannt, daß der Gauvorstand seine Pflicht und Schuldigkeit auch in der Berichtsperiode getan habe.

Ueber „System und Ziele unserer Tarifbewegungen“ berichtete ebenfalls Brucks. Schon der Verbandsstag in Erfurt im Jahre 1910 habe sich die Schaffung eines Reichstarifes zum Ziele gesetzt. Auch während des Krieges wurde diesem Beschlusse insofern Rechnung getragen, als die Vertreter der Kollegenschaft aus dem ganzen Reiche zusammentraten, um einheitliche Forderungen für das ganze Reich zu erheben, deren Durchführung dann in die Wege zu setzen versucht wurde. Der Mangel an einer breiten Organisation aber hat diesen Bestrebungen nicht die Erfolge gebracht, die erwartet werden konnten. Obgleich heute selbst die Arbeitgeber dem Gedanken des Reichstarifes vielfach sympathisch gegenüberstehen, wird doch der nötige Unterbau dafür erst durch den Abschluß von Ortsstarifen geschaffen, die dann zu Bezirks- oder Provinzialstarifen ausgebaut werden müssen, wie es jetzt in Schlesien geschieht. Das Verfahren mit den Unternehmern der verschiedenen Branchen, Reichstarife abzuwickeln, begegnet bei der Schlesischen Kollegenschaft wenig Sympathien. Ihr Streben gilt vielmehr einem einheitlichen Tarifvertrage für das ganze Papierfach. Namentlich die weiblichen Mitglieder können nicht begreifen, weshalb nun die Arbeiterinnen in den Briefumschlagfabriken anderen Lohn- und Arbeitsbedingungen unterworfen werden sollen, als die in der Glasbranche oder anderen Branchen. Als Mitglieder ein- und desselben Verbandes glauben sie Anspruch auf dieselben Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu haben, wie ihre Mitarbeiterinnen in den anderen Betrieben. Das entscheidende Wort darüber wird allerdings erst der Verbandsstag zu sprechen haben. Vorerst gedenkt die Schlesische Kollegenschaft an dem einheitlichen Tarif für alle Branchen festzuhalten.

In der Aussprache wurden die Ausführungen von allen Rednern unterstrichen. Abdann wurde eine Kommission gewählt, die die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu führen hat, bestehend aus den Kollegen Börs- und Rippert-Breslau, Kammer-Brieg,

Hölzel-Girschberg, Nimpich-Diehm, Paprotn-Bentzen und den Kolleginnen Kreuter-Breslau und Tschichow-Brieg.

Darauf referierte Küffel-Breslau über „Die Neuregelung des lokalen Beitrags- und Unterstützungswesens“. Die Vertreter aus einigen Orten machten gegen die Erhöhung der Lokalbeiträge Bedenken geltend, die darin gipfeln, daß die Arbeiterinnen noch nicht genügend gefestigt sind für die Organisation und durch die Beitragserschöpfung wieder abbringen könnten. Mit erdrückender Mehrheit beschloß der Gau, die Lokaltaxen sämtlicher Abteilungen im Gau mit der Gaukasse zu vereinigen und einen einheitlichen Lokalbeitrag zu erheben und zwar für die Mitglieder in den Beitragsklassen 1 bis 3 20 Pf. die Woche, in den Beitragsklassen 4 und 5 30 Pf. die Woche. Dafür übernimmt die Gaukasse mit dem 1. Juli die Vorkostung der örtlichen Ausgaben der Abteilungen einsehr. Der Beiträge an die Gewerkschaftssekretariate und Arbeitersekretariate. Außerdem werden folgende lokale Unterstützungen gewährt: Bei Streiks und Maßregelungen in den Beitragsklassen 1 bis 3 ein Zuschlag von 5 M. und in den Beitragsklassen von 4 bis 5 einen solchen von 8 M. für die Woche zu dem vom Verbandsvorstand gewährten Unterstützung; bei Arbeitslosigkeit einen Zuschlag von 25 Pfennig für den Tag für die Dauer der verbandsseitig gewährten Unterstützung; Unterstützung während der ersten Krankheitswoche in Höhe des Unterstützungsbetrages laut Verbandsstatut; bei Sterbefällen ein Sterbegeld nach 5wöchiger Mitgliedschaft von 10 M. an weibliche und 15 M. an männliche Mitglieder; nach 15wöchiger Mitgliedschaft 15 M. an weibliche und 20 M. an männliche Mitglieder, nach 20wöchiger Mitgliedschaft 20 M. an weibliche und 25 M. an männliche Mitglieder. Die Unterstützungen bei Streiks und Maßregelungen treten sofort in Kraft, die übrigen Unterstützungen am 1. Januar 1920. Bis dahin werden die bisherigen lokalen Unterstützungen weiter gewährt.

Scholz-Breslau begründet darauf einige Anträge auf Abänderung des Gaustatuts. Seine Ausführungen war zu entnehmen, daß der Gauvorstand mit diesen Änderungen keine Neuerung herbeiführen, sondern die sich während der Kriegszeit herausgebildete Gepflogenheit lediglich im Statut verankern will. Beschlossen wurde, daß auch die Abteilungen anfangs vierjährlich mit der Verbandskasse, wie es sonst im Verbands üblich ist, für die Folge am Schluß eines jeden Monats eine weisentlich vereinfachte Abrechnung vorzunehmen haben. Der Gauvorstand liefert dem Verbandsvorstand eine einheitliche Abrechnung für den ganzen Gau.

Abdann wurden die Bestimmungen über die Beschäftigung des Gautages durch die Mitglieder wie folgt geändert: Alle Orte, an denen sich Abteilungen des Verbandes oder mindestens 10 Einzelmitglieder befinden, bilden einen selbständigen Bezirk. Von den übrigen Orten werden immer mehrere zu einem Wahlbezirk vereinigt. Die einzelnen Wahlbezirke entsenden entsprechend ihrer Mitgliederzahl Delegierte und zwar Bezirke bis zu 50 Mitgliedern 1 Delegierten, bis 150 Mitgliedern 2 Delegierte und größere Bezirke für jede weitere 50 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Der Antrag, daß die Verbandskasse die Hälfte der Kosten des Gautages übernehmen soll, wurde abgelehnt, weil man dem Verbandsvorstand nicht zumuten will, daß er alle Gautage, die die Mitglieder eines Bezirks für notwendig halten, mit bestreiten soll. Dann empfiehlt sich aber auch nicht, die Entscheidung über die Notwendigkeit eines Gautages in die Hände des Verbandsvorstandes zu legen, um und nicht allzu abhängig von ihm zu machen. Uebrigens hätte dieser Antrag nicht an den Gau, sondern an den Verbandsstag gestellt werden müssen, weil ja der Gau über die Mittel des Verbandes nicht verfügbareberechtigt ist. Ein Antrag Görlitz betr. das Vermögen der Hoffstelle wurde durch vorausgegangene Beschlüsse für erledigt erklärt. Ein weiterer Antrag, der dem Verbandsvorstand das Recht nehmen will, über die Gaukasse zu verfügen, wurde als gegenstandslos bezichtigt, da der Verbandsvorstand ein solches Recht noch nie beansprucht hat.

Nach der Mittagspause referierte Bisczet-Breslau über den bevorstehenden Verbandsstag unter Beachtung der Stellungnahme des Gauvorstandes und seiner an den Verbandsstag gerichteten Anträge. In der Diskussion wandte sich W o l f m a n n - B r e s l a u gegen den Antrag des Gauvorstandes, der eine Erhöhung der Beiträge in allen Beitragsklassen um 70 Proz. befürwortet. Während sich der Verbandsvorstand mit circa 55 Proz. beizugie, glaubt der Gauvorstand noch mehr tun zu müssen als unbedingt erforderlich sei. Er warnt den Gau, den Anträgen des Verbandsvorstandes beizutreten. Bedenken gegen die vorgeschlagene Beitragserhöhung werden auch von den Kollegen Hölzel-Girschberg

und Böhler-Lauban, geltend gemacht. In eingehender Weise begründet Brucks die Notwendigkeit einer durchgehenden Beitragserhöhung. Man soll nicht in dieselben Fehler verfallen wie Magdeburg, das zwar weitgehende Unterstützungen gefordert hat, aber keinen Pfennig Beitragserhöhung. Auch das Beispiel von Stuttgart, das selbst in der höchsten Beitragsklasse nur einen ganz geringen Betrag fordern will, dafür aber eine außerordentlich starke Belastung in der Ansohnenunterstützung verlangt, sei nicht besonders rühmendwert. Auch was der Verbandsvorstand den Mitgliedern geben will, muß als unzulänglich angesehen werden, wenn man sich nur die Streikunterstützung betrachtet. Gegenüber den bisherigen Bestimmungen macht die vorgeschlagene Erhöhung in den einzelnen Beitragsklassen 1,20 bis 1,80 M. pro Woche aus. Nehmen wir die mittlere Mitgliedschaft an, da ist denn doch die Frage aufzuwerfen, ob bei 27 Mark Streikunterstützung den Kollegen wirklich die Aufnahme wirtschaftlicher Kämpfe zugemutet werden kann. Mit solchen Unterstützungen, wie sie vom Verbandsvorstand in Vorschlag gebracht werden, läßt man tatsächlich die Aktionskraft des Verbandes. Auf die verschiedenen anderen Bedenken erklärt Brucks, daß auch der Gaubeitand der Auffassung ist, daß eine weitere Erhöhung der Beiträge nur bewirkt werden könne, wenn Garantien geschaffen werden, daß künftig Verbandsvorstand und Ausschuß nicht allein in die Unterstützungsentscheidungen der Mitglieder eingreifen, wie es im Jahre 1914 geschehen sei. Es müssen auch Garantien dafür geschaffen werden, daß die von den Kollegen nützlich eingezogenen Beiträge in vorrichtiger Weise verwandt werden und nicht in der Weise wie es anscheinend beim letzten Berliner Kartonnagerstreik der Fall gewesen zu sein scheint. Im ähnlichen Sinne sprechen noch andere Redner. In der nun folgenden Abstimmung stellt sich der gesamte Gau auf der Frage der Regelung des Beitrags- und Unterstützungswesens gegen drei Stimmen bei zwei Stimmenthalten auf die Seite des Gauvorstandes und spricht die Erwartung aus, daß die Delegierten des Gaus IV im Sinne dieses Beschlusses wirken möchten. Als Delegierte werden darauf in Vorschlag gebracht die Kollegen Schajdel-Brieg und die Kollegen Hölzel-Girschberg, Neumann-Brieg und Brucks-Breslau. Als Ersatzmänner wurden bestimmt die Kollegen Bisczet, Küffel- und Börs-Breslau.

Nach Erledigung einiger Anträge, die die Werkmeisterbewegung und die Mitwirkung der Angehörigen in den Betriebsräten betrafen, gab W o l f m a n n - B r e s l a u einen Rückblick auf die geleisteten Arbeiten und schloß die Tagung mit einem Hoch auf den Verband und den Gau 4.

**Bericht vom Goutag des Gaus 6/7.**

Der Goutag war besetzt von 22 Delegierten aus den Orten Damburg-Altona, Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Kiel, Lübeck, Oldenburg i. O., Rostock, Schwerin, Wismar, Vergeborf, Garburg, Stade und Wobdorf in Holstein. Mit der Führung der Verhandlungen wurden F e n n i g - D a m b u r g und J i m m e r m a n n - L ü b e c betraut. Nach einer herzlichen Begrüßungsrede ging Gauleiter K ü f t e r auf die seit dem letzten Goutag 1913 verfloffenen Jahre und die heute veränderten Verhältnisse des näheren ein. Während des Krieges waren über 400 Kollegen aus dem Gau zum Dienst eingezogen, in vielen Orten war ein Mangel der Organisation zu verzeichnen und fast keine Gehilfen mehr vorhanden. Unsere Kolleginnen haben in einigen Orten in danfenswerter Nähe den Verband aufrechterhalten. Die Zahl unserer Mitglieder im Gau betrug 1913 2113, am 1. April 1919 dagegen war die Zahl auf über 3600 gestiegen. Die Buchbinderbranche war immer gut organisiert, in den Nebenbranchen ist es in der Kartonnagenindustrie und in der Papierwarenbranche heute auch besser geworden, dagegen blieben unsere Bemühungen in Cutin, Neumünster und Lebr noch ohne Erfolg. K ü f t e r dankte allen, die während des Krieges den Verband aufrechterhalten und nach Ausbruch der Revolution haben helfen, und forderte zur weiteren lebhaften Agitation auf.

Auf Antrag K o b e r g - B r e m e n beschloß der Goutag, zunächst den Vortrag über die Lohnbewegung im Gau entgegenzunehmen. Gauleiter K ü f t e r schloß die in anderthalbstündiger Rede die Lohnbewegungen während des Krieges und nach Ausbruch der Revolution. Der Gauvorstand stand der Kollegenschaft überall hilfreich zur Seite und konnte durchweg mit den Unternehmern eine Verständigung und somit eine Verbesserung der Lohnverhältnisse herbeigeführt werden. Wesentliches Interesse boten die Ausführungen über die gegenwärtig spontan ausbrechenden Lohnbewegungen und unser Verhältnis zu der alten Tariflohnpolitik. K ü f t e r forderte die Delegierten auf, sich zu äußern, ob wir die wilden Bewegungen weiterhin mitmachen

oder zu unserer bisher bewährten Tarifpolitik zurückkehren wollen. Trotzdem wir in unserem Gewerbe diejenigen sind, die immerhin in der Entlohnung hinterdran und durch die wahnwitzigen Preistreiber gezwungen sind, unsere Löhne in die Höhe zu schrauben, so kann aus der ständigen Preistreiber für Lebensmittel und Bedarfsartikel und der folgenden Lohnstreiber für die Arbeiterschaft durch die noch mehr erfolgte Geldentwertung etwas Gewundes nicht mehr herauskommen. Mehr denn je müssen wir eine vernünftige Politik in der Volkswirtschaft durch den Staat und die Kommunen verlangen unter schärfster Erfassung der am Volkstörper nagenden Wucherer. Weiter müssen aber auch wir unsere ganze Kraft daran setzen, die durch die Revolution erlangten Vorteile zu erhalten und verbessern durch Leistung von Arbeit. Unsere Lohnpolitik kann vor allen Dingen in der Sicherung von Tarifverträgen, die in Reichstagsverträgen auch den rüchstdingsten Gegenden des Reichs für die Kollegenchaft zum Vorteil sind, unserem Gewerbe ein Ausfließen ermöglichen. Hierzu gehört allerdings ein weites Entgegenkommen des Unternehmertums. Unsere Gewerkschaften haben in der Friedenszeit sich kräftig entkalkt und trotzdem immer Viele obseits standen, eine wesentliche Verbesserung der Lohnverhältnisse durch Schaffung von Tarifverträgen unter manchem äußerst schwierigen Verhältnissen, wobei Polizei und Staatsanwalt stets gegen die Arbeiterschaft standen, herbeigeführt. Heute, wo uns kein Organ mehr hindern kann, unsere Verhältnisse zu bessern, heute wo wir durch die kraftvolle Stärkung unserer Organisation eine beachtenswerte Macht darstellen, wollen wir durch eine vernünftige Politik zur Befriedung der Volkswirtschaft durch Wiederherstellung von Treu und Glauben auch unser Teil mitbeitragen.

An der hierauf einjehenden Debatte berichteten die Delegierten über die erzielten Erfolge in ihren Orten. Einmütig stellte sich der Gantag hinter die Ausführungen Küsters und beschloß die Fortsetzung der bisherigen Tarifpolitik.

Nach der Mittagspause sprach Küster über die fernere Gestaltung unserer Organisation und der bevorstehende Verbandstag. Die Entwicklung unseres Verbandes vom Jahre 1913 von 33377 Mitgliedern auf über 50000 im 1. Quartal 1919 geht uns in der Wahrung unserer Berufs- und wirtschaftlichen Interessen eine gewisse Sicherheit. Unsere bisherige vornehmste Aufgabe, die Hebung der wirtschaftlichen Lage, also die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, muß als höchste Aufgabe beibehalten werden. Die Revolution und die Vorwände in Rußland haben uns gelehrt, daß im Pandumbrechen keine andere Wirtschaftsordnung zu erreichen ist. Wenn die Arbeiter ihre alten erprobten selbst geschaffenen Gewerkschaften, wobei bei Schaffung derselben keine Doktoren mitgewirkt haben, nicht hätten, wären sie ja der Willkür preisgegeben. Unsere Aufgabe muß es daher sein, unsere sämtlichen Berufsangehörigen zu erfassen, sie als Mitglieder innerhalb unserer Organisation für die Hebung des Berufs und der wirtschaftlichen Verhältnisse aufzufassen und als Gewerkschaftler im Sinne der Solidarität nach dem Grundrath „Einer für alle und alle für einen“ zu erziehen. Hedner kommt auf die Volkswirtschaft in Deutschland und anderen Ländern zu sprechen und betont, da uns harte und schwere Zeiten bevorstehen, so können die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Interessen nur durch feste Gewerkschaften gewahrt bekommen. Sicher aber wird der bevorstehende Gewerkschaftskongreß der Arbeiterpolitik die richtigen Wege weisen. Andererseits muß unser Beitrags- und Unterstützungsweesen ausgebaut werden. Heute schon alles Heil von Staate zu verlangen, ist bei dem Daniederliegen der Volkswirtschaft zum mindesten verfehlt, wir können die Selbsthilfe in unseren Gewerkschaften nicht entbehren. Die Verwaltung unserer Organisation war von jeher eine demokratische, sie noch freier zu gestalten, dürfte die Aufgabe des Verbandstages sein.

An der hierauf einjehenden Diskussion begründete Brunow mehrere von der Rahststelle zum Verbandstage gestellte Anträge. Kobera-Bremser verlangt eine größere Teilnahme der Mitglieder an dem Verwaltungswesen des Verbandes. Unser Gauleiter ist überlastet, ihn uns noch recht viele Jahre als Leiter zu erhalten, muß Sorge getragen werden. Die notwendige Hilfe muß ihm von allen zuteil werden. Die Unterstützungen müßten abgebaut werden, da es Aufgabe des Staates sei, Arbeitslose, Kranke und Invaliden zu unterstützen. Eine ganze Anzahl Hedner traten diesen Ausführungen entgegen und verlangten den weiteren Ausbau des Unterstützungsweesens. Nachdem noch verschiedene Anträge besprochen waren, wurde unter den letzten Punkt der Tagesordnung

beschlossen, von den Rahststellen pro Mitglied und Woche 10 Pf., von den Einzelmitgliedern pro Woche 5 Pf. an Lokalbeiträgen zur Bestreitung besonderer Ausgaben, als wie Agitation und die Ermöglichung der Abhaltung von Gantagen zu erheben. Zimmermann-Lübe d gedachte der diesen im Felde gefallenen Kollegen und des Kollegen Rindfleisch-Kiel und der Kollegin Bohm-Kloß, die der Gantag durch Erheben von den Plätzen ebrt. Ferner dankte er allen, insbesondere dem Gauvorstand für die mühevollen für die Kollegenchaft geleistete Arbeit. In seinem Schlusswort wies der Gauleiter auf die ruhigen sachlichen Verhandlungen des Gantages hin, die ein gutes Zeichen für die weitere Entwicklung unseres Verbandes seien, so ruhig und sachlich forderte er die Anwesenden auf, im Interesse der Kollegenchaft, im Interesse des Verbandes weiter zu wirken. Der Gauvorstand forderte alle Anwesenden auf, in diesem Sinne in ihrem Wirkungsbereich zu arbeiten. Mit einem dreifachen Hoch auf das fernere Wohlergehen und Gedeihen des Verbandes schloß abends 7 Uhr der Gantag.

**Zur Richtigstellung.**

In einem Artikel in Nr. 22 der „Buchbinder-Zeitung“ nimmt der Verbandsvorsitzende Kloth in seiner bekannten Art und Weise Stellung gegen die Mitglieder unseres Verbandes, die in letzter Zeit ihre Ansichten in Artikeln in unserem Verbandsorgan entwickelten, die im Gegensatz zu der des Kollegen Kloth stehen. Anstatt nun denselben sachlich entgegenzutreten, wird Kloth wie immer persönlich, damit dokumentierend, daß es ihm nicht möglich ist, mit sachlichen Momenten gegen die Anschauungen der Artikelreiber anzukämpfen. Die ganze Disjunktion paßt ihm nicht in den Kram, deshalb müssen alle Requirer gezogen werden, um mit Verdrückungen und Unwahrheiten die betreffenden Kollegen in den Augen der Mitglieder im Reiche herabzusetzen.

Für mich handelt es sich lediglich darum, wahrheitswidrige Behauptungen Kloth's zu widerlegen, die er in bezug auf Vorgänge in der Leipziger Rahststelle aufstellt und die geeignet sind, unter der Kollegenchaft im übrigen Reiche ein total falsches Bild aufkommen zu lassen. Ich fühle mich zu dieser Widerlegung nicht nur deshalb im Interesse der Leipziger Mitglieder verpflichtet, weil ich Vorsitzender der Rahststelle bin, sondern auch deshalb, weil ich als Referent in der großen Versammlung, die Wienide das Vertrauen entzog, die Gründe entwickeln durfte, die dazu führten. Es ist nicht wahr, was Kollege Kloth behauptet: Wienide wäre in Leipzig nur deshalb gemahregelt worden, weil er der Unabhängigen Partei nicht angehöre, denn was gegen seine gewerkschaftliche Tätigkeit vorgebracht wurde, sei für die Raß gewesen und nur an den Haaren herbeigezogen worden. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich lediglich als gewerkschaftlichen Verdrückungen in meinem Referate behandelt und seine politischen Anschauungen dabei vollständig aus dem Spiele ließ. Das schloß natürlich nicht aus, daß ich auch gegen ihn Stellung nahm, soweit er als unbedingter Anhänger der Generalkommissionspolitik für den Burgfrieden eintrat, das Disziplinarrecht der Leipziger Mitglieder noch als große Ertrungenschaft pries, die Ergedenheitstelegramme an Hindenburg und Gröner billigte, alles Maßnahmen, die nach meiner Auffassung direkt gewerkschaftsfeindlich und vollständig gegen die gewerkschaftlichen Grundregeln verstoßen.

Am den letzten Rest vom Vertrauen hatte sich Wienide noch dadurch gebracht, als er in einer entscheidenden Sitzung mit den städtischen Behörden sich gegen die Erhöhung der städtischen Erwerbslosenunterstützung für Arbeiterinnen ausdrückte, obgleich die Sätze sich unter denen mittlerer Städte bewegten.

Die ganze Stimmung gegen Wienide entlud sich in demselben Momente, als die Revolution den Belagerungszustand, der während des Krieges wie ein Abdruck auf der Arbeiterschaft lastete und jedes freie Wort erstikte, hinwegsetzte und dadurch auch unseren Mitgliedern die Möglichkeit gegeben wurde, das auszusprechen, was ist, wovon insbesondere unsere aus dem Felde heimkehrenden Kollegen eifrig Gebrauch machten, als sie sahen, daß ihre Interessen nicht in entscheidender Weise vertreten worden waren. Dieses all führte den Sturz Wienides herbei, rein gewerkschaftliche Gründe waren es, und keine politischen.

In seinem Artikel behauptet Kollege Kloth weiter, daß ein Hauptredner gegen Wienide nämlich ganze 7 Beitragsmarken geklebt habe. Da als Hauptredner nur ich und die Kollegin Thiel in Frage kamen, denn alle anderen Redner beschränkten sich auf kurze Bemerkungen, so kann seine Behauptung sich nur auf mich oder Kollegin Thiel beziehen oder soll wenigstens den Eindruck erwecken, daß wir nur darunter gemeint sein können. Dabei gehöre ich der Organisation seit Verdrückung meiner Lehrtzeit, das

ist mehr als 21 Jahre, ununterbrochen an und auch die Kollegin Thiel ist seit 14 Jahren Mitglied unseres Verbandes. Die Beschuldigung Kloth's dem Hauptredner gegenüber bricht damit elend zusammen.

Ein hartes Stück leistet sich aber noch Kloth mit der Behauptung: Seine Fäden sind zwischen Berlin und Leipzig gesponnen, um alle acht zur Wahl stehenden Mandate zum Gewerkschaftskongreß zwischen diesen beiden Städten zu verteilen. Ich erkläre hiermit diese Behauptung als erfunden und nur zum Zwecke verdrückt, die Mitglieder aller anderen Rahststellen zu veranlassen, ihre Stimme keinem Kandidaten der beiden genannten Städte zu geben. Diese Handlungsweise Kloth's ist um so verwerflicher, als bis zum Stattfinden der Wahl eine Verdrückung nicht gebracht werden konnte, da die meisten Mitglieder bereits ihr Stimmrecht ausgeübt hatten, ehe sie in den Besitz der nächsten „Buchbinder-Zeitung“ kamen.

Unsere alten Mitglieder, insbesondere hier in Leipzig, haben eingesehen, daß die Verdrückungen in unserem Verbands andere werden müssen, denn die ganze Entwicklung drängt immer mehr nach links. Diese Entwicklung aufzubrechen wird auch dem jeglichen Verbandsvorsitzenden nicht möglich sein, denn das Rad der Zeit dreht sich nur nach vorn, und wer es unternimmt, ihm in die Speichen zu fallen, wird von ihm germalmt werden.

Leipzig. R. Thalheim.

**Erwiderung.**

Es hieße die ganze Schönheit des vorstehenden Artikels abschwächen, wenn ich darauf eine lange Erwiderung schreiben würde. Ich beschränke mich daher auf wenige Bemerkungen und Richtigstellungen, zumal ich von dem gefundenen Urteil der Leser die Einsicht voraussetze, zu erkennen, in welcher Weise Kollege Thalheim „sachlich“ kämpft und wie wenig er durch seinen Artikel den Verdrückungsnachweis als Prediger guter Sitten im Meinungstempel erbringt.

Von meinen Feststellungen, die ihm natürlich sehr unangenehm sind, vermag Thalheim nichts zu widerlegen. Ja, in den meisten Fällen macht er wegen Ausdruckslosigkeit auch gar nicht den Versuch dazu. Und was den Fall Wienide anbetrifft, so bleibe ich bei meiner Behauptung, daß Wienide lediglich aus politischen Gründen gemahregelt wurde. Was Thalheim gegen Wienide vorbringt, ist daselbe, was er feinerzeit in der Leipziger Versammlung vorbrachte, aus Wienides politischer Tätigkeit zum guten Teil resultiert und nach Wienides wahrheitsgemäßer Darstellung ein ganz anderes Gesicht bekommt als in dem Thalheimischen Hohlspiegel. Mit „Gründen“ ähnlicher Art hat man jüngst auch schon unter Thalheimischer Führung versucht, vom Verbandsvorsitz die Abberufung der Kollegin Schreihardt aus Leipzig zu erlangen. Vor dem Thalheimischen Richterstuhl sind wir eben alle, die nicht seinen politischen Anschauungen huldigen, alszumal Sünder, die nicht wert sind, Verbandsangehörte zu sein. Wehren wir uns dagegen und zeigen wir die wahre Gestalt unserer Ankläger, dann kämpfen wir „persönlich“ nach Thalheimischer Logik.

Daß ich ihn oder die Kollegin Thiel habe in den Verband bringen wollen, sie hätten erst 7 Beiträge geleistet, glaubt Thalheim selbst nicht. Das paßt ihm nur so in den Kram und er rechnet auf die Leichtgläubigkeit der Leser, um mich in den Verdacht zu bringen, ich schwändle ihnen etwas vor. Der Hauptredner mit den 7 Beiträgen, den ich meine, war ein Kollege, der im Namen einer Arbeitslosenversammlung so von oben herab gegen Wienide vom Leder zog.

Aus Anlaß der Wahl zum Gewerkschaftskongreß sind tatsächlich geheime Fäden zwischen Leipzig und Berlin gesponnen worden; daran ist nicht zu denken, so unangenehm Thalheim auch diese Feststellung sein mag. Wie kommt es denn, daß in Leipzig sowohl als in Berlin ursprünglich nur je vier offizielle Kandidaten aufgestellt wurden, warum wurde denn in einer Leipziger Versammlung, wo Thalheim anwesend war, von einem seiner Anhänger der Vorschlag gemacht, die vorgezeichneten vier Leipziger und die vier unabhängigen Berliner zu wählen? Ganz abgesehen von dem, was mir sonst noch zu Ohren gekommen ist, worüber ich aber schweige, um die Betroffenen nicht der Nahe Thalheim's und seiner Gefinnungsgenossen auszuweisen.

Wenn Thalheim mit derartigen läblen Gepflogenheiten glaubt das Rad der Entwicklung vorwärts drehen und seine Gegner germalmen zu können, so dürfte ihm außer dem kalten Wassergruß des Ergebnisses der Wahl zum Gewerkschaftskongreß noch manche Enttäuschung bevorstehen. Denn die Mitglieder in anderen Rahststellen tanzen nicht immer nach der Pfeife Berliner und Leipziger Unabhängiger. Ja selbst in Berlin und Leipzig fängt man an, der Schreckensherrschaft keiner Gruppen überdrüssig zu werden und setzt sich mutig zur Wehr. Und das ist recht so! Emil Kloth.

Berichte.

Viefelsfeld. Am 13. Juni sind in Viefelsfeld nahe zu 800 unserer Mitglieder in den Streik getreten, nachdem die Unternehmer ihre Zulage, auch unseren Mitgliedern dieselbe Teuerungszulage zu geben wie den Buchdruckern, nicht eingehalten haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein unparteiisches Schiedsgericht sich zur Klärung des Streitfalls zusammensetzen wird. Nach Redaktionschluss erfahren wir, daß der Streik bereits wieder beendet ist.

Eberswalde. An einem Streik in der hiesigen Papierwarenfabrik sind 20 unserer Mitglieder beteiligt.

Wünschendorf bei Gera. Unsere Kollegenschaft der Briefumschlag- und Formularbedarf-fabrik A.-G. in Wünschendorf befindet sich seit dem 11. Juni im Ausstand. Beteiligt sind 2 Kollegen und ca. 50 Kolleginnen. Der Betrieb ist erst kurze Zeit hier, er hat sich in der Zeit gut entwickelt, vor allem wohl infolge der geringen Arbeitslöhne. Der Firma waren Forderungen eingereicht worden, die vom Arbeitgeberverband für Gera und Umgegend, dem der Betrieb angehört, abgelehnt wurden. Am 11. Juni, früh 7 Uhr, fand eine Betriebsversammlung statt, in deren Anschließung eine nochmalige Verhandlung mit den Betriebsleitern bewirkt wurde. Dabei wurden die durchaus willfährlichen Entlohnungen — trotz Tarifes — zur Sprache gebracht. Die Verhandlungen kamen infolge zu geringen Entgegenkommens der Firma zu keinem Ergebnis. Der Streikfall ist inzwischen beim Schlichtungsausschuß anhängig gemacht worden.

Gera. Unsere Kollegenschaft in Gera ist ebenfalls in den Streik eingetreten, nachdem die Unternehmer die Erhöhung der Teuerungszulage in der geforderten Höhe abgelehnt und auch den reduzierten Forderungen nicht beigetreten sind. Wieviele Personen am Streik beteiligt sind, ist uns bis zum Abschluß dieser Nummer nicht bekannt geworden.

Dresden. Am 5. Juni fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen mit den Buch- und Steindruckereibetrieben gegeben und die Wahl der Delegierten zum Sonntag und zur sächsischen Kartonnagerkonferenz vorgenommen wurde. Lange gab in seinem einleitenden Referat einen Überblick über alles das, was bis jetzt unternommen wurde, um die Tarifabschlüsse zu fördern. Er berichtete, daß trotz des Widerstrebens der Unternehmer, die Löhne den heutigen Zeitverhältnissen anzupassen, mit dem baldigen Abschluß zu rechnen sei. Bedingung sei dabei aber, daß die Zugeständnisse mehr als jetzt den aufgestellten Forderungen angepaßt werden. Bei den noch bevorstehenden Verhandlungen müsse sich entscheiden, ob wir hier in Dresden zu einem Tarifabschluß kommen oder nicht. Die aus der Mitte der Versammlung erhobenen Vorwürfe, daß die Verbandsleitung nicht mit der erforderlichen Energie nach dem baldigen Abschluß des Tarifes gedrängt habe, konnte lange unter Zustimmung der Kommissionsmitglieder zurückweisen. Er verlangte dabei, daß sich die Kollegenschaft auch in den Betrieben und nicht nur in den Versammlungen rühren sollte, um den Unternehmern zu zeigen, wie unzufrieden sie mit den jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen ist.

Ueber „Sonntag“ und „Kartonnagerkonferenz“ sprach ebenfalls lange. Er wies auf die Aufgaben hin, deren Lösung durch die Tagungen näher gebracht werden soll und gab die Vorschläge der Ver-waltung bzw. der Kommission zu den Delegierten-wahlen bekannt. Eine Diskussion zu diesen Punkten wurde nicht beliebt. Der Antrag, den Verbands-vorstand zu ersuchen, zu der sächsischen Kartonnager-konferenz die Kollegen Dürr-Vabr. Bruck-Breslau, Müller-Damburg und einen Berliner Kollegen zu delegieren, um bei den Beratungen über den Reichs-tarif in der Kartonnagen-Industrie auch die Ver-treter aus dem Meide hören zu können, wurde ohne Debatte angenommen. Die Wahlen, zu denen weitere Vorschläge nicht gemacht wurden, ergaben die Wahl von 5 Delegierten und einer Ersatzperson. Zu einem Vortrage über „Ernährungsfragen“ war das Mitglied des Landeslebensmittelamtes, Ge-nosse Hänel gewonnen worden. Der Referent schilderte in längeren Ausführungen die großen Schwierigkeiten, die während des Krieges und jetzt noch zu überwinden waren, um die Bevölkerung weitgehend mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Er betonte dabei, daß unsere Ernährung bis zur nächsten Ernte als gesichert anzusehen sei, wenn die Rationierung aufrechterhalten wird und weiter, daß auch, wenn wir jetzt Frieden bekommen, die hauptsächlichsten Lebensmittel rationiert bleiben müssen. Ein großer Teil der Schwierigkeiten be-ziehen in Sachen darin, daß wir bei der Bevölle-rungsbedürftigkeit im allgemeinen Rufschußland sind, und daß die zur Lieferung verpflichteten Provinzen nicht immer ihren Verpflichtungen nachkommen.

Leipzig. Die Kartonnagenarbeiter und -ar-beiterinnen ließen sich in einer Versammlung am 5. Juni Bericht erstatten über die gepflogenen Verhandlungen mit den Prinzipalen wegen der gestellten Lohnfor-derungen. Dies führte dazu aus, daß am 20. Mai eine Sitzung stattfand, in der die Prinzipale einen Vorschlag brachten. Die darin angeführten Stun-denlöhne und die daraus ermittelten Wochenverdien-te waren für unsere Vertreter nicht diskutabel, wes-halb die Verhandlung abgebrochen werden mußte. Ein darauf von den Vertretern der Arbeitnehmer eingereicher Gegenorschlag, der sich unter Verück-sichtigung der Leipziger Verhältnisse an den Dres-dener Tarif anlehnt, wurde durch eine Kommission der Arbeitgeber zur Grundlage einer neuen Vorlage genommen. In der Sitzung am 27. Mai wurde diese neue Vorlage als äußerstes Zugeständnis der Prin-zipale präsentiert. Trotzdem konnten unsere Unter-händler die durchschnittlich höheren Sätze ihrer Vor-lage zur Annahme bringen. Die schon früher festgesetzte Erhöhung der Teuerungszulage von 45 auf 70 Proz. des verdienten Lohnes und die nun festgesetzten erhöhten Stunden-löhne treten ab 9. Mai in Kraft und ist die Differenz von den Prinzipalen nachzu-zahlen. Ein vorliegender Entwurf der allgemeinen Bestimmungen zum Tarif soll in einer kommenden Versammlung eingehend behandelt werden. Ein in absehbarer Zeit einzuführender Reichslohntarif für die Kartonnagenindustrie müßte die sich ergebenden Mängel ausmerzen. An der Arbeiterschaft der Branche liegt es nun, den Festlegungen volle Gel-tung zu verschaffen.

Nach lebhafter Aussprache erklärte die Versamm-lung einstimmig ihr Einverständnis mit dem abge-schlossenen Tarifvertrag als erste Stufe für den Aufbau geregelter Lohnverhältnisse. In die neu-zubildende Tarifkommission werden die Kollegen Adler, Deger, Oskar Ruder, Thalmann und die Kolleginnen Bräutigam, Martini und Jeunet gewählt.

Leipzig. Die Generalversammlung am 30. Mai erste zunächst das Andenken der im 1. Quar-tal verstorbenen Mitglieder in üblicher Form. Zu dem gedruckt vrliegenden Bericht machte Heide er-läuternde Ausführungen. Er streift dabei das be-sonders günstige Organisationsverhältnis der Buch-binderbranche. Die engerfessene Lehrlingszuchterei verschiedener Großbetriebe sei ein Krebsgeschwür, wel-ches auszumergen eine Aufgabe der kommenden Tarifberatungen sein müsse. Die Abrechnung des Kochvereins und der Kassa gab Walther, der diese infolge des Fortstehens des allgemeinen Wirt-schaftslebens und der damit verbundenen Arbeits-lostigkeit als wenig erfolgreich bezeichnen muß. Thal-beim berichtet über die Erledigung der in der letzten Generalversammlung gestellten Anträge durch die Ortsverwaltung. Die Revision des Christitatus ist bis nach dem Verbandstag zurückgestellt. Die „Freie Presse“ als überflüssig abbestellt worden. Die Angelegenheit betr. die Anstellungen Wadner und Frau Schreibardt sind in einer gemeinschaftlichen Sitzung mit Mitgliedern des Verbandsvorstandes und da-nach vom Gesamtvorstand erörtert worden. Er-sterer vertritt den Standpunkt, daß M. auf alle Fälle neben seiner Arbeit im Bau intensiver für die Bei-zahler Verwaltung tätig zu sein habe. Sollte das nicht in genügender Weise geschehen, dann könne eine Ausschließkraft beantragt werden. Frau Schrei-hardt sei während des Krieges als Aushilfe hierher berufen worden und da ihre Tätigkeit auf dem Bureau einwandfrei ist, läge kein Grund vor, Veränderung vorzunehmen. Wenn die Pahlstelle Leipzig trotzdem darauf bestände, Frau Schr. von ihrem Posten zu entfernen, so sei dies als politische Maßregelung an-zusehen. Die Ortsverwaltung steht dagegen auf dem Standpunkt, daß es der Arbeiterschaft nicht gleich-gültig sein darf, wie ihre Interessen von ihren An-gestellten außerhalb der Bureauräume vertreten wer-den. Das Verhalten der Frau Schr. im Stadt-parlament habe genug Erregung in die Reihen der Kollegenschaft getragen und sei ihre Entfernung von ihrem Posten dadurch wohlbeurteilt. Unter großer Anruhr der Versammlung wendet sich Frau Schrei-hardt gegen die letzten Ausführungen Thalbeims. Frau Thiel widerlegt die Ausführungen der Vor-bernerin und bezeugt einen Widerspruch zu einer gründlichen Beleuchtung rechtssozialistischer Parteipraktiken. Wienie verteidigt die gewerkschaftliche Neutralität, vertritt eine vernünftige Einigung der Arbeiterparteien und warnt vor extremer Ueber-spornung der politischen Anschauungen. Dem wünscht keine Maßregelung der Frau Schreibardt und macht der Ortsverwaltung über Vorkommnisse in früheren Versammlungen heftige Vorwürfe. Neuter fordert ein-greifende Maßnahmen gegen die Lehrlingszuchterei und die Beschäftigung von Frauen mit Männer-arbeit, ohne jedoch praktische Vorschläge zu machen. Im Schlußwort gibt Heide auf die wichtigsten Punkte der Diskussion ein und gibt der Ansicht Aus-

druck, daß es vornehmste Pflicht der Gewerkschafts-angehörten sei, die Kräfte zu revolutionieren, um zum Wohl der gesamten Arbeiterklasse die Errungen-schaften der neuen Welt hochzuhalten.

Durch Geschäftsverordnungs-Debatte wird der 2. Punkt der Tagesordnung, Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß, erledigt und beschließen, die Vorklage der Mandatanten zur Arbeiterratswahl einer Vertrauensmännerführung zu überlassen. Durch anderweitige Belegung des Saales mußte die Ver-sammlung verlagert werden und erfolgte die Fort-setzung am 6. Juni. Beide Berichte über das stattgefundene Schiedsgericht und den dabei gefüllten Schiedspruch. Da diese Sache ausschließlich in der „Buchb.-Ztg.“ behandelt wurde, erübrigen sich hier nähere Ausführungen darüber. Der Referent emp-fiehlt Annahme des Schiedspruches. In einer Reso-lution wird erklärt, daß der Schiedspruch keines-wegs die volle Autorität der Versammlung aus-sprechen kann, da die darin vorgelegenen neuen Sätze den Teuerungsvorhältnissen nicht Rechnung tragen und noch weit unter den Sätzen stehen, die den Buch-druckern als Teuerungszulagen gewährt sind. Wenn die Versammelten den Schiedspruch trotzdem aner-kennen, so in der Voraussetzung, daß bei den in Kürze stattfindenden Beratungen über Abschluß eines neuen Tarifvertrages von den Unternehmern größtes Entgegenkommen gezeigt wird. Die ausgedehnte, lebhafteste Debatte ergab die verschiedenste Kommen-tierung der Verhandlungen und führte zu einstimmiger Annahme der Resolution.

Zum Goutag des Bundes XII und der an-schließenden Kartonnagenarbeiter-Konferenz in Dres-den werden Heide, Wier, Deger als Delegierte und Thalheim als Ersatzmann gewählt. Die von der Vertrauensmännerführung erfassten Vorschläge zur Wahl des Arbeiterrats werden angenommen. Als Ersatzleute des Arbeitsnachweisbureaus werden Benzin, Richter und Nemmer bestimmt. Bei Bestat-tung des Resultats der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongreß wurde Gelegenheit genommen, die dabei gezeigte Laune der Kollegenschaft zu ge-hen und die bringende Aufforderung an sie zu rich-ten, in Zukunft ja auf dem Posten zu sein.

Ew. Karlsruher. Aus der hiesigen Kartonnagen-branche. Zu dem erfreulichen Wachsen des Mitgliederzahl unsers Verbandes trug auch die hiesige Pahlstelle bei. Der größte Teil unseres Mit-gliederzunachtes entfällt auf die Kartonnagen-branche. Das Bestreben geht nun dahin, einen bald-igen Tarif herbeizuführen, um auch hier eine Grundlage für den Reichstarif zu schaffen. Die Vorarbeiten sind im Gange, und hoffen wir auf einen Erfolg.

Wir wollen nun ein Bild von den hiesigen Ver-hältnissen in der Kartonnagenbranche geben. Das Schmerzenskind ist die Firma Südd. Kartonnagen-merke, Inh. R. Barichow. Trotz ihres pompösen Namens ein Kleinbetrieb mit der allerhöchsten Löhnen. Es sind Löhne von 24—28 Mk. in 14 Tagen festgesetzt worden, während in anderen Betrieben in einer Woche 28 Mk., teilweise an Teuerungszulage bezahlt werden. Gleich dem Lohn ist die Behand-lung. Der Inhaber will ein Demokrat sein, in der Behandlung seiner Leute aber ist er ein Despot. Dabei fallen die schönsten Kraftausdrücke. Auch die Zugehörigkeit zum Verband seitens seiner Ar-beiterinnen liegt ihm im Magen. Er meinte, zu-erst sollen diese was lernen, und dann gehören sie in den Verband. Im Guten ist bei dieser Firma nichts zu erreichen, bei der Teuerungszulagen-bewegung fordern wir bei ihr kein Entgegenkommen. Deshalb haben wir den Schlichtungsausschuß ange-rufen. Im Lohn stehen unsere Mitglieder bei den anderen Firma am Orte. Lüggen u. Sohn, besser da. Doch entspricht derselbe noch nicht unseren For-derungen. Die Inhaber sehen es anscheinend auch nicht gern, daß die Arbeiterschaft organisiert ist. Hartnäckig wollen sie es leugnen, daß sie die Lohn-erhöhungen erst durch unser Vorgehen bewilligten. Auch den Eisenacher Tarif will die Firma ohne unser Zutun eingeführt haben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß auf unser erstes Schrei-ben 26 Biernig und auf das zweite 1 Mk. für den Tag aufgebessert wurde. Auf das dritte Schreiben betreffs Tarif will die Firma an-schlagen lassen, daß der Tarif, 3. Klasse, eingeführt ist. Die Hauptsache ist, daß die Mitglieder dort wissen, wer ihnen die Verbesserungen verschaffte. Bei den Kartonnagertarifverhandlungen hoffen wir, daß es bei dieser Firma zu einer glatten Ein-führung kommen wird.

Das Gros unserer Kartonnagenmitglieder steht in der Seifen- und Parfümerie-Fabrik F. Wolff u. Sohn. Dort haben wir ganz ansehnliche Verbesse-rungen erzielt. Bei der letzten Bewegung erhielten die Arbeiterinnen 6 Mk. und die Arbeiter 12 Mk. für die Woche Zulage vom 17. Februar nachbezahlt.

Auch die Ferienfrage ist in einem annehmbaren Sinn geregelt worden.

Diese Erfolge und unser guter Organisationsstand läßt einige „christlich“ organisierte Arbeiterinnen aus andern Abteilungen nicht ruhen. In der Kartonnagenabteilung selbst ist nur eine jugendliche Arbeiterin und ein Träger christlich organisiert. Ein Vorstandsmittglied stellte an die Arbeiterin das Ersuchen, da wir ihr doch auch Vorkerbildung verschaffen, im Interesse der einheitlichen Organisation zu uns überzutreten. Ein Druckmittel wurde dabei nicht angewendet. Trotzdem brachte es die Mutter und zwei „christlich“ organisierte Arbeiterinnen fertig, dem christlichen Arbeitersekretär Schwan und Gewerkschaftssekretär Eidsbaum die reinsten Schauermärchen zu erzählen. Letzterer fiel auch darauf hinein und schrieb an unser Vorstandsmittglied einen geharnischten Brief. Derselbe wäre wegen seiner stillischen und orthographischen Schönheit würdig, wörtlich abgedruckt zu werden. Ein Schüler würde sich schämen, solches Zeug zusammen zu schreiben. Im dem Brief wird zuerst behauptet, daß die christlichen Mitarbeiterinnen — dabei kommt nur eine in Frage — unter verwertbaren Mitteln zum Übertritt in den „sozialdemokratischen“ Verband veranlaßt wurden. Eine Verletzung der bairischen Verfassung wäre das, trotzdem dieselbe die Agitation nicht verbietet. Auch ein Verstoß gegen die Koalitionsfreiheit liege vor. Auch will er evtl. die Fabrikleitung anrufen, wenn unsere Kollegin nicht mit der Agitation abläßt; was der Herr als Quertreiberei bezeichnet. Zum Schluß wird er noch pathetisch und betont, daß Freiheit und Einigkeit not tut. Wir fragen, wer führt die Einigkeit, und wer treibt Quertreiberei? Denn einer der beiden „christlichen“ Arbeiterinnen betonte, daß sie schon noch Mitglieder für ihre Organisation gewinnen würde, trotzdem unser Verband in wirksamer Weise für die Interessen der Kartonnagenarbeiterin eintrat. Und ist eine Drohung, unsere Kollegin bei der Fabrikleitung anzuschwärzen, nicht ähnlich dem Bestreben, jemand brotlos zu machen? Wer führt die Einigkeit der Arbeiterkraft und gründete auf Zentrumsgeheiß „christliche“ Verbände?

Ein Vertreter unseres Verbandes wies dem christlichen Sekretär das Hofflose und seine ungedachte Anempfehlung nach. Auf alles wachte er nichts als Ausreden. Und diese haben diese Leute bekanntlich immer auf Lager.

Die Sache schien aber die „christliche“ Organisation nicht ruhen zu lassen, denn nun trat der erwähnte Träger auf den Plan. Der gemessene Stadtverordnete — Kandidat der Zentrumspartei und Vertrauensmann des christlichen graphischen Verbandes, Herr Stormann, besah die Dreifigkeit, unserer letzten Mitgliederversammlung ohne Einlösung und ohne Anmeldung beizuwohnen. Er besah so wenig Lakt und Anstand und forderte unsere ganze Versammlung ab. Als der Fall Wolff u. Sohn behandelt wurde, meldete er sich zum Wort und stellte sich als „Vertreter“ des christlichen Verbandes vor. Als ihm dann das Verwerfliche seiner Handlungsweise im besonderen und das Wirken der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen vorgehalten wurde, da kam seine ganze Bestimmung zum Ausdruck. Er suchte sein Verhalten mit Ausreden zu beschönigen und wollte die Anwesenden um Vergebung bitten. Auf Handschlag wollte er sich sogar verpflichten, über alles zu schweigen. Und er zog noch nicht die Konsequenz und verschwand aus der Versammlung, sondern zehn Minuten nach der Erklärung, Vertreter der „christlichen“ Organisation zu sein, erklärte er, zum „freien“ Verband überzutreten zu wollen! Für eine solche Bestimmung hatten aber die Mitglieder kein Verständnis, sie lehnten dankend einen solchen Mitgliederzuwachs ab. Solche Charakterhelden wollen wir doch lieber in den „christlichen“ Verbänden lassen. Nur auf energisches Aufordern verließ endlich der Held des Tages die Schaubühne seines unschönen Wirkens.

Unsere Mitglieder in der Kartonnagenbranche aber rufen wir zu: Weicht einig und treu dem Verband! Nur dann wird es uns gelingen, bei der kommenden Tarifbewegung für Euch Vorteile herauszuholen. In der Einigkeit und Geschlossenheit liegt unsere Macht!

**Sollagen.** Am 1. Juni tagte hier eine kombinierte Versammlung des Sattler- und Portefeullerverbandes, des Buchbinderverbandes unter Einwirkung des christlichen Bedearbeiterverbandes. Möglicherweise Buchbinderverbande konnte als Leiter der Versammlung feststellen, daß rund 350 Kollegen und Kollegen anwesend waren. Stormann vom Sattler- und Portefeullerverband erstattete in eingehender Weise den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen mit den Unternehmern. Er erläuterte die vereinbarten Abmachungen und empfahl der Versammlung, diesen Tarif bis zum Inkrafttreten des neuen Reichsarbeitsgesetzes anzunehmen. Nach sehr zöger-

Diskussion, in deren Verlauf noch manches bemängelt und verschiedene berechtigte Wünsche vorgetragen wurden, nahm die Versammlung den Ueberbrückungstarif an. Wagemann versprach im Namen der Tarifkommission allen vorgebrachten Wünschen gerecht zu werden. Hierauf referierte Kollege Merlein über Betriebsauskünfte. Dann folgte die Annahme einer Resolution, die sich mit der Arbeit der Tarifkommission einverstanden erklärt und in den Arbeiterratsauschüssen ihre Willensstudie gebung erbittet.

**Rundschau.**

**Dr. G. H. Unsere Kinder und unser Kampf.** Kapitalistischer Geist erfüllt die Welt. Das zeigt uns von selber, daß ein Gegensatz besteht zwischen der Welt draußen und der daheim. Da draußen ist eben die Welt von heute mit ihrem Eigennutz und ihrer kapitalistischen Gier. Nur daheim kann der Geist der Gütlichkeit, der Geist des Verstandes, der Einigkeit und der Liebe wohnen. Und so ist die Welt daheim die Pflegestätte des Geistes der kommenden Zeit und es muß unser Streben sein, die Welt daheim der Welt der Zukunft dienlich zu machen. Je mehr wir daheim die inneren Werte pflegen, um so mehr tragen wir davon durch unsere Kinder in die Zukunftswelt hinein.

Ein Stückchen Zukunftswelt soll sich daheim abspielen. Frei von kapitalistischem Geiste muß darum das Leben bei unseren Lieben sein. Was daheim geschieht, soll getan werden im Geiste des Menschentums, es soll vollbracht werden um dem Ganzen, der Familie, zu dienen, um andere, die Eltern und Geschwister, zu erfreuen. Aus edelsten Motiven heraus soll da alles Denken und Handeln geschehen. Die Liebe soll da des Lebens Königin sein.

Und dennoch: wie manchmal wird nicht auch bei uns eine gute Tat, ein Liebedienst, mit Geld belohnt, und wenn es auch nur wenige Pfennige sind?

Zuerst soll die Seele in unserem Kinde werden; es soll innerlich reich werden und groß und stark, dann versteht es von selber später den gewerkschaftlichen Arbeitskampf, ja, dann fühlt es dieses Kampfes ganze Seele, da es selbst reich ist an innerem Wert, und da es fühlt, daß der Kapitalismus jedes seelischen Erlebens dar ist, daß das seelische Glück uns nur in jener freien Wirtschaftswelt wird, die unser gewerkschaftlicher Kampf erstrebt.

Eine gewaltige Macht bedeutet heute der gewerkschaftliche Verband. Wie sind die Organisationen gewachsen und groß geworden! Und sie werden weiter wachsen nicht nur an Zahl, auch an Kultur gehalt. Wie spricht man schon heute mit Achtung von der gewerkschaftlichen Disziplin, der gewerkschaftlichen Treue, der gewerkschaftlichen Solidarität. Auch diese Werte werden zunehmen und wachsen. Immer klarer, reiner, weiter und tiefer wird mit der Organisation die fittliche Idee hervortreten, die in ihr steckt, immer mehr wird der Begriff „gewerkschaftlicher Kampf“ sich denken mit dem Begriff höchsten Menschentums. Und unser Geist wird es sein, der dann in jenen kommenden liebedurchschonnten Zeiten den Kampf besetzt, wenn wir unseren Kindern mit unserer ganzen Persönlichkeit diese gewerkschaftliche Kampfesseele eingeben.

**Ein Tarifvertrag im Steinbrudgewerbe.** Theorien haben oft ein zähes Leben. Wenn sie von den Verhältnissen längst überholt sind, klammern sich noch die Menschen an ihnen fest. So hat auch erst der Zusammenbruch Deutschlands den längst fälligen Umfass der Steinbrudunternehmer aus dem alten „Heernehnhausegeiß“ zu modernen Ideen bewerkstelligt. Trotzdem das Gewerbe durch die elende Zollpolitik, durch lungenerliche und technische Veränderungen seit mehr als zehn Jahren dauernd zurückging, liegen es die Unternehmer in dieser Zeit zu zwei schweren Streiks kommen, die beiden Parteien viele Millionen kosteten und wertvolle Absatzgebiete verloren gehen ließen.

Nur vor der Revolution fanden nun die ersten Vorbereitungen über eine zu schaffende Tarifgemeinschaft statt. Vom 27. bis 31. Mai d. J. schufen in Berlin die Vertreter beider Parteien einen Tarif, für dessen Annahme sie sich verpflichteten, bei ihren Mitgliedern mit allen Kräften anzutreten. Er ist in der Form eines Zwangstarifs ausgearbeitet, d. h. Unternehmer dürfen nur organisierte Gehilfen beschäftigen, Gehilfen nur bei organisierten Unternehmern Stellung nehmen. Die Arbeitszeit ist täglich 8, Sonnabends 7 Stunden, an den Vorabenden der großen Feite und vor Neujahr vier Stunden.

Feiertagsbezahlung ist festgelegt auch für Akkordarbeiter; an Ferien erhalten Gehilfen die einjähriger Beschäftigungsdauer in einer Firma 4 Tage, bei 3 Jahren 6 Tage, bei 10 Jahren 9 Tage, Bezahlung nach einjähriger Lehrzeit drei Tage. Die Wochengeldenthöhung für die Lehrlinge soll in jedem Bezirk von den beiderseitigen Kreisvertretern neu festgelegt werden. Vor der Einstellung des Lehrlings soll eine Prüfung der Vorbildung und eine ärztliche Untersuchung auf körperliche Eignung stattfinden, außerdem wird dem Tarifamt die Aufgäbe übertragen, zur Berufsberatung und Ueberwachung der Lehrlingsausbildung paritätisch zusammengesezte Einrichtungen zu schaffen und Richtlinien für deren Tätigkeit aufzustellen.

Leider gelang es nicht, für Gehilfen die Akkord- und Prämienarbeit zu beseitigen; nur die Vergütung von Arbeit außer dem Hause ist verboten; doch sind durch Schaffung eines Garantielohnes, durch Mitwirkung des Vertrauensmannes bei der Preisfestsetzung und vor allem durch Unterstellung der Zwischenmeister unter die Tarifbestimmungen der Akkordarbeit die schwersten Schäden gemindert worden. Auf diesem gesicherten Fundamente kann die gewerkschaftliche Tätigkeit leicht weiterbauen.

Für Ueberstunden sind wochentags 25 Proz. Zuschlag auf den Gesamtlohn, Sonn- und Feiertags 75 Proz. vorgezehen. Insgesamt dürfen von einem Gehilfen im Jahre nicht mehr als 80 Ueberstunden geleistet werden. Die eingehend ausgearbeiteten Vorschläge der Gehilfen über die Rechte der Betriebsräte wurden zurückgestellt, bis das von der Regierung vorbereitete Gesetz über Betriebsräte in Kraft getreten ist. Nur eine Anerkennung und weitgehende Sicherung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute ist tariflich festgelegt worden.

Am schwierigsten waren die Verhandlungen über die Regelung des Lohnes. Die Gehilfenvertreter waren sich bewußt, daß das Steinbrudgewerbe im allgemeinen keine Kriegsgewinne erzielt hatte, die Unternehmervertreter erkannten rückhaltlos die Notlage der Gehilfen an. Es wurden zunächst folgende Grundlöhne als Mindestlöhne festgelegt: im 1. Jahre beim Lehrprinzipal 40 M., im zweiten Jahre nach der Lehrzeit 45 M., sodann bis zur Vollendung des 21. Jahres 50 M., vom 21. bis 24. Jahre 55 M. und über 24 Jahre 60 M. Auf diese Grundlöhne wird eine allgemeine Teuerungszulage von 25 Proz. gelegt, die ab 1. Juni d. J. zur Auszahlung gelangt. Dazu wurden vier Stufen aufgestellt, für Städte von über 25 000 bis 100 000 Einwohnern mit 7 1/2 Proz. Zuschlag, über 100 000 bis 400 000 Einwohnern 15 Proz., über 400 000 bis 800 000 Einwohnern 20 Proz. und über 800 000 Einwohnern 25 Proz. Zuschlag. Durch besondere, nicht im Tarif selbst festgelegte Vereinbarung erhalten alle 24 Jahre alten Gehilfen eine Erhöhung ihres Gesamtochwendienstes von mindestens 10 M. Zulagen, die nach dem 15. April 1919 gegeben worden sind, können bis zu 5 M. auf diese Erhöhung in Anrechnung gebracht werden. Der Tarif wurde auf ein Jahr festgelegt. Vorausichtlich findet er die Zustimmung sowohl der Mitglieder des Unternehmerverbandes als auch der Gehilfen. Die Frist zur Unterschrift war bis zum 15. Juni gestellt. Dem Ziel, die Arbeitsverhältnisse im ganzen graphischen Gewerbe tariflich zu erfassen, sind wir damit ein recht erfreuliches Stück nähergekommen.

**Der Zentralverband der Handlungsgehilfen** hält seinen zehnten Verbandstag am 17. Juni und folgende Tage in Nürnberg ab. Während der Verband bei seinem letzten Verbandstage im Mai 1914 noch nicht 80 000 Mitglieder zählte, kann er heute über 180 000 Mitglieder aufweisen. Damit ist die freigewerkschaftliche Handlungsgehilfenorganisation zum größten Angestelltenverband Deutschlands geworden. Da die Bestrebungen nach Schaffung eines Einheitsverbandes für alle Angestelltenkategorien auf freigewerkschaftlicher Grundlage immer lebhafter werden, dürfte bei den Verhandlungen die Veridmelsungsfrage einen breiten Raum einnehmen. Der Verband deutscher Versicherungsangestellten hat auf seinem kürzlich stattgefundenen Verbandstage bereits beschlossen, sich mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen zu verschmelzen. Es ist anzunehmen, daß die Tagung der Handlungsgehilfen zu einem gleichen Entschluß kommen wird. Auch die Verschmelzung mit dem Bureauangestelltenverband wird wieder in zahlreichen Anträgen gefordert. Voraussichtlich wird der Verbandstag auch in dieser Frage wertvolle Arbeit leisten und so die durchaus erstrebenswerte Schaffung des Einheitsverbandes der Angestellten auf freigewerkschaftlicher Grundlage dem Ziele näherbringen. Einige Anträge fordern auch bereits die Änderung des Namens. So wird u. a. gefordert, den Handlungsgehilfenverband umzutauschen in Zentralverband der Angestellten. Verhandelt sollen auf dem Verbandstage des weiteren u. a. die Frauennarbeit im Handelsgewerbe sowie die

Bahnfrage und die Neuordnung des Arbeitsrechts der Handlungsgehilfen werden.

K. Gewerkschaftliche Verbandstage. In der Woche vom 15. bis 21. Juni halten nicht weniger als sieben Gewerkschaften ihre Generalversammlung ab.

Auf all diesen Tagungen werden die Vorstände in ihren Geschäftsberichten von einem erfreulichen Aufschwung der Organisationen, besonders in den letzten Monaten berichtet, wenn auch nicht alle Verbände die sprunghafte Entwicklung seit der Revolution verzeichnen können.

Die Vertretung der Petersburger Fabrikarbeiter-schaft hat „an alle Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen aller Abteilungen“ einen Aufruf erlassen, worin die schwierige Lage des von aller Welt abgetrennten Landes geschildert und betont wird, daß eine „außerordentliche Anspannung aller Kräfte“ nötig ist, um den Wohlstand und den Ertrag der Arbeit zu heben.

Viele Genossen, Arbeiter und Angestellte unserer Fabrik haben anscheinend die Tragweite des oben Gesagten noch nicht begriffen. Oft werden die Vorschriften über die Arbeitsdisziplin, die von der allgemeinen Versammlung aller Arbeiter angenommen wurden, verletzt; es verhalten sich viele Arbeiter der Fabrik ihrer Arbeit gegenüber nicht gewissenhaft genug.

Genossen, Arbeiter! Dieses Uebel muß mit der Wurzel ausgerissen werden. Wir haben beschloffen, mit allen Mitteln gegen das Sinken der Produktionskraft und die Uebertreibungen der festgesetzten Arbeitsdisziplin anzukämpfen.

Um dieses zu erreichen und die üblichen Beschuldigungen der ganzen Arbeitsgemeinschaft zu vermeiden, wird von jetzt ab eine genaue Berechnung der Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiter sowie der Abteilungen vorgenommen werden.

Hiermit verkünden wir, daß künftighin jeder Arbeiter und Angestellte, der die ihm gesetzte Norm nicht erreicht oder die Arbeitsdisziplin verletzt, in eine niedrigere Kategorie überführt oder ganz von der Fabrik ausgeschlossen wird.

Andererseits werden Arbeiter und Angestellte, die sich durch besondere Güte ihrer Arbeitsleistungen auszeichnen, in höhere Kategorien überführt werden.

Wir hoffen, daß die reifen Arbeiter in diesem Sinne auf die Fabrikjugend einwirken, die Erfah-

renen auf die Unerfahrenen und die sich ihrer Verantwortung Bewußten auf die Leichtsinrigen.

Ein Gesetz zur Sicherung des Wirtschaftslebens. Die „Freiheit“ brachte unter der Ueberschrift: „Eine neue Buchtausvorlage“ in ihrer Nr. 268 vom 6. Juni den angeblichen Wortlaut eines Gesetzesentwurfs, der das Wirtschaftsleben gegen Streiks sichern soll. Der Entwurf will Arbeitseinstellungen im Wege des Streiks nur zulassen, nachdem ein Schlichtungsverfahren vor dem zuständigen Einigungsamt durchgeführt sei und die Arbeitnehmer in einer von den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen der betreffenden Betriebe herbeizuführenden geheimen Abstimmung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln ihrer Gesamtzahl sich für die Arbeitseinstellung erklärt hätten.

Das Reichsarbeitsministerium teile hierzu auf Anfrage mit, daß in seinem Bessort und auch im Reichswirtschaftsministerium von einem solchen Gesetzesentwurf nichts bekannt sei. Damit werden wohl auch alle von der „Freiheit“ über diese angelegliche „Leistung einer sozialistischen Regierung“ geäußerten Schlussfolgerungen gegenstandslos. Es verheißt sich von selbst, daß ein solches Gesetz mit dem entschiedensten Widerstand der Gewerkschaften zu rechnen haben würde.

S. A. K. Erwerbslosenunterstützung. Vor der Ausgabungsstelle der Erwerbslosenunterstützung fanden sie wieder dicht gedrängt, Männer und Frauen. Die Männer waren in der Mehrzahl. Aber die Stimmen der Frauen beherrschten das Feld der Unterhaltung. Es waren nicht immer ruhige und überlegt abgewogene Worte, die da fielen. In der Erregung und in der Notlage entgleist die Junge leichter und häufiger als in normalen Zeiten. Aber zu lange schon stand man dem Elend gegenüber. Zu lange bereits hatte man die

Hoffnungen hinausflattern lassen in das Land der Zukunft: Immer wieder waren sie mit müden Schritten nach ergebnislosem Zuge zurückgekehrt.

Ein paar in selbstarigen Anzügen stehende Männer saßen besonders trostlos da. Ihre hagen Gesichtser hatten etwas Stumpfes, ihre schlackernden Augen etwas an Enttäuschungen Gewohntes. Ihr ganzes Wesen sträubte sich, eine Geldunterstützung entgegenzunehmen, wo sie doch einzig und allein Arbeit verlangten. Aber die Not zwang sie immer wieder auf diesem Gang. In ihrer Nähe standen ein paar Alte: krummrückige Graubärte mit langen, ausgearbeiteten Armen und schwielensüßigen Händen. Sie hülleten vor sich hin, bewegten die zitternden bläulichen Lippen, als wollten sie lauen, und schrumpften dann wieder in sichtlich Verlegenheit förmlich zusammen. Selbstbewußter traten die Jungenblinde auf. Bei denen hatte man das Gefühl, daß sie ein Recht fordereten. Die Frauen schalten — schalten auf die Heiratsverhältnisse, auf die Männer, auf andere Frauen: sie schalten, um ihren Herzen Luft zu machen.

Nur ganz allmählich wurden die Unterstüßungsberechtigten abgefertigt. Aber der breite Menschenstrom der Wartenden wurde schmaler und schmaler, dünner und dünner. Das Halbdunkel des niedrigen Ganges, in dem sich die Menschen aufgestellt hatten, bekam gleichfalls Leben. Ein Lichtstrahl hatte sich Bahn durch eines der schmalen Fenster gebroden. Nun warf er feinen staubtanzenenden Goldweil in das feuchte Gewölbe, goß Leben in das Grau, umkringelte die Köpfe und Schultern der Darrenden und leiste seine Wärme selbst den hallenden Fliesen des Steinfußbodens mit, auf dem die Unterstüßungsberechtigten gebuldig wartend standen. Aber ganz mit Licht vermochte er den Hallengang doch nicht zu füllen! . . .

Adressenänderungen.

- Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer. B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Göttingen. B.: W. Günther, Paulinenstr. 10 II. Halle (Saale). B.: O. Müller, Seydlitzstr. 37 I. K.: S. Bieler, Lorstr. 44. Karlsruhe. B.: P. Krones, Leopoldstr. 8 IV. K.: Fr. Ouber-Winter, Ruppener Str. 20, Haus 8 IV. Rheim (Ruhr). B.: Th. Zeis, Im Oth 30. K.: Fr. Bömer, Karlstr. 20. Weimar. B.: W. Thiel, Vertuchstr. 22 I. K.: P. Warshaw, Schröterstr. 20 III. Weihenfeld. B.: O. Ranke, Burgberbau Weinberg 102 p. K.: H. Emmerich, Weinbergstr. 18 II. Tutzingen. B.: A. Bichelsche, Bismarckstr. 52 I. K.: G. Kozelmann, Wilhelmstr. 37.

Briefkasten.

Zurückgestellt infolge Raummangels wurde: Der Buchhandel und die Arbeiterforderungen. — Internationales. — Aus unserm Beruf. — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. — Bericht vom Gantag des Gaus 16.

Zentral-Arbeiten- u. Begrüßungsliste der Buchbinder.

Samstag, 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration „Zum goldenen Löwen“ Wilhelmplatz 5.

General-Versammlung

- Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsverwaltung. 2. Vorschläge zur Wahl von 8 Abgeordneten für die am 17. August stattfindende General-Versammlung in Hannover. 3. Kassenangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Eingeführter Reisender

oder Vertreter gesucht, der einen von Papierfabriken und Buchbindereien gesuchten billigen Reisler gegen hohe Provision evtl. eigene Rechnung mitnimmt. Offert. unt. „Fr. 104“ an Rudolf Wisse, Berlin-Friedenau.

Gebrauchte Kreislihere

mit Niv- oder Nillvorrichtung zu laufen gesucht. Angebote mit Preis, Alter, System und Arbeitsbreite an

Wolter u. Krinner, Kartonnagenfabrik, Köln-Rhein, am Duffesbad 18.

- 1 Hallschachtelstanzmaschine 2 Vappscheren 2 Nihmaschinen 2 Gendrahstiftmaschinen 2 Oval- u. Rundschneidmaschinen 2 Nollermaschinen 1 Kleine Stanzmaschine für Fußbetrieb zum Rund- u. Lochstanzen billig abzugeben C. A. Schnorrb, Hamburg I.

Maschinen

Werkzeuge, Schreibpapier, einfache Miniatoren, bunnt und weißes Vorfach, Zwirn, Leim, Kalico zu laufen gesucht. Berlin SO. 33, Wangelstraße 90, Buchbinder.

Quarto-Median-Heftmaschine

mit 5 Köpfen, Fabrikat Brehmer, fast neu, ist veränderungshalber sofort für 2500 Mark zu verkaufen. Verlagsbuchbinderei Richard Meyer, Berlin S. 42, Prinzessinnenstraße 21.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel kleben nur noch mit Wiril Klebstoffen (D. R. P. a.) Glänzende Begutachtungen. Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten. Chemisch-technische Werke Willybald Richter Leipzig, Querstrasse 4-6, Telefon 3049. Telegramm-Adresse: Wirilwerke. Zur Messe: Leipzig, Zelsighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76. Deutsche Schuh- und Leder-Messe, Leipzig, Halle D, Stand 310/11.